:antifaschistische nachrichten Nr. 10

g 3336 18.5.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

HWP-Kandidatur in Berlin?

BERLIN. Die an der „Freiwirtschaft“ des Sozialdarwinisten Silvio Gesell orientierte „Humanwirtschaftspartei“ (HWP) in Berlin hat den Sozialphilosophen Prof. Dr. Johannes Heinrichs zu ihrem Spitzenkandidaten für die bevorstehende Abgeordnetenhauswahl nominiert. Heinrichs, einst Nachfolger von Rudolf Bahro an der Humboldt-Universität, hatte schon in den 90er Jahren für die Zeitschrift „Der Dritte Weg“ des HWP-Vorgängers „Freisoziale Union“ (FSU) geschrieben. Die Berliner HWP sieht in der Kandidatur Heinrichs, Autor des Buches „Revolution der Demokratie“, eine Verschmelzung von Geld- und Demokratiereform. Heinrichs wurde 1999 als Referent beim extrem rechten „Aufbruch 99“ in Hamburg angekündigt, der auch schon Horst Mahler zu Gast hatte. Im gleichen Jahr stellte die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Heinrichs in ihrem „Fragebogen“ vor. 2001 wird er auch als Mitarbeiter des rechtslastigen „Arbeitskreis Demokratiereform“ angegeben. Die Berliner HWP will mit einer Landesliste und drei Direktkandidaten zur Wahl antreten. *hma* ■

NPD NRW wählte Vorstand

AACHEN/BOCHUM. Am 7.5. fand in der Landesgeschäftsstelle der NPD NRW in Bochum-Wattenscheid ihr Landesparteitag statt. Stephan Haase wurde als Vorsitzender bestätigt, Stellvertreter sind Claus Cremer und Timo Pradel. Willibert Kunkel bleibt weiterhin Beisitzer. Kunkel ist im Stolberger Stadtrat und Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Aachen. Beisitzer wurden auch Oliver Harf und Helmut Gudat. Harf ist ebenso wie Kunkel Stolberger Ratsherr, zudem ist er Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Aachen und NRW-Chef des NPD-eigenen „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB). Gudat ist Vorsitzender des NPD-KVs Mönchengladbach /Heinsberg und sitzt seit der Kommunalwahl 2004 im Heinsberger Kreistag. Damit ist die Region Aachen jetzt deutlich stärker im Vorstand präsent. *u.b.* ■

Aus dem Inhalt:

NS-Veteranen treffen sich mit Nazikadern 5
61. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau 8

Gerechtigkeit ist gefordert

Bundesweiter Aktionstag gegen NS-Täter fordert sofortige Anklageerhebung

Mehrere hundert Menschen demonstrierten am vergangenen Wochenende in Baden-Württenberg, NRW, Hessen, Brandenburg und Hamburg für die sofortige Anklageerhebung gegen die 15 jetzt noch lebenden Kriegsverbrecher von Sant Anna di Stazzema.

Vor über sechzig Jahren, am 12. August 1944, verübten Angehörige der 16. SS-Panzergrenadier-Division eins der schlimmsten Kriegsverbrechen an Zivilisten auf italienischem Boden. Auf dem Rückzug vor den alliierten Truppen ermordeten die Deutschen 560 Einwohner eines toscanischen Bergdorfes, ausnahmslos Frauen, Kinder und alte Männer.

„Es bedarf keiner juristischen Klügelei, um zu erkennen, dass das, was am 12. August 1944 in Sant' Anna di Stazzema geschah, blanker brutaler Massenmord war“, sagte Innenminister Schily bei seinem Besuch vor zwei Jahren - der erste offizielle Repräsentant der BR Deutschland nach über 60 Jahren. Eine Mordanklage gegen noch lebende Tatbeteiligte wäre folgerichtig die einzig mögliche rechtsstaatliche Konsequenz. Dennoch ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft seit Oktober 2002, ohne von der Stelle zu kommen. Gegenüber Nachfragen gibt man sich dort zwar fleißig: „Die Ermittlungen dauern noch an, ein Ende ist nicht abzusehen“, begründet Tomke Beddies, die Sprecherin, die langen Zeiträume, und es ergeben sich immer wieder neue Hinweise. Dennoch ist ein Hauptverfahren auch weiterhin nicht in Sicht und die Staatsanwaltschaft verbreitet Signale, die vermuten lassen, sie sitze die „biologische“ Lösung des Problems aus, so Lars Reismann vom Hamburger Initiativkreis St. Anna. Schließlich sei mit der Vorarbeit durch die italienischen Gerichte in manchen Fällen ein ganz konkreter Tatnachweis erbracht worden, und „ausreichende Hinweise“ für eine Eröffnung eines Hauptverfahrens gäbe es allemal. Anstatt die Ermittlungen ins Uferlose auszuweiten solle, gerade angesichts des hohen Alters aller Beteiligten, wenigstens das Hauptverfahren in den offensichtlichen Fällen, wie dem des noch lebenden, ranghöchsten Offiziers Gerhard Sommer, eröffnet werden.

Vor dessen Altersresidenz in Hamburg-Volksdorf demonstrierten am 6. Mai etwa 70 Antifaschistinnen. Der rüstige Rentner war zwar ausgeflogen, was die Kundgebungsteilnehmer aber nicht davon abhielt, vor der Altersresidenz eine Gedenktafel mit den Namen der Opfer niederzulegen.

weiter Seite 3

Einschlägige Ansichten

ÖSTERREICH/WIEN. In einem Diskussionsbeitrag mit dem Titel „Nationale Politik ist anders“ gibt der Schriftleiter der deutschtümelnden Zeitschrift „Der Eckart“, Helmut Müller, einen tiefen Einblick in sein politisches Weltbild. „Der Anteil der jeweiligen Fremdkulturen ist auf ein kulturell und sicherheitspolitisch vertretbares Maß zu begrenzen“, fordert Müller dort. „Nicht integrierbare Einwanderermassen“ seien „in ihre Herkunftsländer zurückzuführen“. Der „Befreiungsnationalismus“, so Müller, sei „die Antwort auf Fremdbestimmung und Überfremdung“. „National sei revolutionär“, schreibt Müller und „nationalrevolutionär ist der um seine Freiheit und Selbstbestimmung ringende Europäer“. „Gemeinschaftsschädigende Egoismen gehören domestiziert“, so Müller und fordert einen „Vorrang der Leitkultur“ und eine Besteuerung von Anglizismen im öffentlichen Raum. Eine „Gleichheit von In- und Ausländern“ sei „nicht in jedem Fall“ möglich.

In seinem Beitrag spricht sich Müller gegen „menschenverachtende Verbotsgesetze“ aus und tritt für einen „nationalen, europaweiten Freiheitskampf“ ein. „Österreich den Österreichern, Deutschland den Deutschen, Europa den Europäern“, fordert Müller und hofft auf eine Politik mit einem „realistischen Menschenbild“ und einen „übernationalen metaphysischen Hintergrund“, damit dem „Sinn des Lebens und dem Ahnenerbe wieder Rechnung“ getragen werden könne. In der gleichen Ausgabe des „Der Eckart“, die von der „Österreichischen Landsmannschaft“ herausgegeben wird, findet sich auch Werbung für den 4. „Freiheitlichen Kongreß“ des NPD-Organs „Deutsche Stimme“, für das Schriftleiter Müller in der Vergangenheit auch schon Beiträge verfasst hatte. *hma* ■

Breiter Widerstand gegen Nazidemo in Gelsenkirchen

„Für bunte Vielfalt, gegen braune Einfalt!“

Sie sind sich selbst nicht Freund und Freunde der ganzen Welt wollen die Rechten schon gar nicht sein. Deshalb können sie das WM-Motto: „Die Welt zu Gast bei Freunden“ nicht hinnehmen und so mobilisiert die NPD zu einer Demonstration am 10. Juni nach Gelsenkirchen, einen Tag nach dem WM-Eröffnungsspiel Ecuador gegen Polen.

Gegen diese Provokation formiert sich ein breiter Widerstand. Einer Einladung des Oberbürgermeisters zu einem „Runden Tisch“ folgten 90 Personen aus diversen Vereinen, Gewerkschaften, Schulen, Parteien und anderen Institutionen und Verbänden. Sie beschlossen als Protest die Durchführung einer Großveranstaltung am Musiktheater unter dem Motto: „Für bunte Vielfalt, gegen braune Einfalt“. In dem Aufruf dazu heißt es: „Aufgeschlossenheit und Toleranz, eine Vielfalt an Kulturen und ein solidarisches, gewaltfreies Mit- und Füreinander sind uns zu jeder Zeit wertvolle, schützenswerte Güter. Unsere Stadt ist demokratisch-bunt, braune Ideologie hat da keinen Platz“ und an anderer Stelle: „Lassen Sie uns im Rahmen eines fröhlichen Festes die Vielfalt und Lebensfreude unserer Stadt darstellen.“ Es wird erwartet, dass aufgrund der bisherigen Resonanz diese Veranstaltung ein Erfolg wird.

Auch die angesichts der drohenden Gleichschaltung von Teilen des öffentlichen Raumes nicht so fröhlich Gestimmten haben eine Möglichkeit, ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Als Ergänzung und ausdrücklich nicht als Konkurrenz zu der Großveranstaltung organisiert das „Bündnis gegen Rechts“ (ein Personenbündnis von Leuten aus den Jusos, Grüne Jugend, Linkspartei, WASG, u.a.), die Bezirksschülervertretung Gelsenkirchen, die Schalker Fan-Initiative, das Antifa-Netzwerk, DIDF, die Alternative e.V. u.a. eine Gegendemonstration unweit der Route des NPD-Haufens. Auch hier sind die Veranstalter optimistisch, was die Mobilisierung betrifft.

Die ursprüngliche Absicht der NPD über die Einkaufszone Bahnhofsstraße zu ziehen, ist von der Polizei nicht erlaubt worden. Stattdessen führt die Demoroute der NPD nach Ückendorf, einem Stadtteil, in dem viele Migranten leben. Dort werden die Anwohner von den Organisatoren der Demo noch extra informiert, damit auch sie mitwirken können.

Mittlerweile gibt es Warnungen von Faninitiativen aus Polen, dass polnische Hooligans irgendwie mitmischen könnten. Es ist nicht einschätzbar, ob sich dann polnischer und deutscher Nationalismus bekämpfen werden oder ob es eine gemeinsame Zusammenrottung auf antisemitischer und rassistischer Grundlage geben wird. Der Polizeipräsident will diese Warnungen zum Anlass nehmen, die Nazidemo zu verbieten, nachdem er sie vorerst in der jetzigen Route genehmigt hatte. Zu erwarten ist allerdings, dass die Gerichte, wie fast immer, dem nicht folgen werden. *tja* ■

2000 Nazigegner in Hiltrup

Weit über 2.000 Menschen waren am Samstag bei gutem Wetter in Hiltrup und haben dort friedlich ein deutliches Zeichen gegen den Neonaziaufmarsch gesetzt. Gemeinsam konnte durch den bunten Protest gezeigt werden, dass braunes Gedankengut in Hiltrup, und damit gleichsam in Münster und in Deutschland unerwünscht ist.

Die Nazis waren mit gerade mal ca. 70 Personen (Am 18.2. waren es noch 170) vor Ort! Gerade Viele „Kader“ der Nazis haben auch gefehlt, der Rückhalt der Nazis bröckelt. Die Altersstruktur war erschreckend jung.

Ein Erfolg war es für sie nicht – sie haben es gerade mal 500 Meter in ein abgesperrtes Stadtviertel aus dem Bahnhofsbereich heraus geschafft, in dessen Fenstern Anti-Nazi Plakate klebten. Das war nicht viel weiter als sie die Bremer Str. lang gekommen waren und nicht der gewollte Weg, aber es war ein Nazi-Aufmarsch in Münster.

Deutliche Kritik richtet das Bündnis an die Vorgehensweise der Polizei. An der Hülsebrockstraße spielte die Polizei mit den engagierten Demonstranten ein falsches Spiel, indem sie die Bürgerinnen und Bürger in dem Glauben ließ, die Nazis würden die angemeldete Route nehmen, stattdessen wurde der Zug kurzfristig auf eine andere Route verlegt.

Die Öffentlichkeit derart gezielt falsch zu informieren, 191 in der Max-Winkelmannstraße eingekesselte friedliche und engagierte Jugendliche, die sich ob der Absperrungen als Stellvertreter für die 2000 Teilnehmer dem Aufmarsch in den Weg setzten oder stellten, zu bestrafen und auf der anderen Seite über 1000 Personen, die genauso auf der Straße sind, per Lautsprechermitteilungen zu belügen, ist unverhältnismäßig und nicht Deeskalation, sondern Ignoranz gegenüber der Öffentlichkeit im Hinblick auf Münsters einhellige Meinung, den Anfängen zu wehren.

aus der Pressemitteilung des Bündnis „Münster gegen Nazis" ■

Fortsetzung von Seite 1

Ein weiterer, in Italien wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilter ehemaliger SS-Mann lebt heute in Rümmingen bei Lörach. Mit Transparenten, Fahnen, Megaphon und Sirene machten Antifaschisten auf die unerträgliche Situation aufmerksam, dass Georg Rauch nach über 60 Jahren in Deutschland für seine Verbrechen immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen wurde. Der Richterspruch von La Spezia sei ein „Fehlurteil" zitierte die Badische Zeitung den Mann. Das Gericht in La Spezia gelangte allerdings zum umgekehrten Schluss: Als Bataillons-Adjutant habe Rauch die Berichte an den Kommandanten gelesen und weitergeleitet. Für Rauch, so die Richter, habe „also die Planung des Massakers von Sant' Anna direkt zu seinem Zuständigkeitsbereich gehört."

Auch in der Freiberger Innenstadt (Sachsen) versammelten sich etwa dreißig Personen und sammelten innerhalb von drei Stunden an einem Infostand 132 Unterschriften. Eine kleine Gruppe ging noch zum Seniorenheim Johanna Rau, in dem der verurteilte SS-Mörder Alfred Concina lebt, verteilten dort Flugblätter und erklärten über Megaphon, dass sie so lange wieder kämen, bis das Gerichtsverfahren gegen Concina und die anderen SS-Täter eröffnet sei.

Einen Tag zuvor, am 5. Mai, demonstrierten 70-80 Menschen im Lißberger Stadtteil Ortenberg (Wetterau). In mehreren Reden wurde darauf hingewiesen, dass auch der in Lißberg wohnende Heinrich Schendel am Blutbad von Sant Anna beteiligt war. Als junger Mann gehörte Heinrich Schendel der 16. SS-Panzergrenadier-Division an.

Der Überlebende und Sprecher des „Vereins der Märtyrer von Sant'Anna di Stazzema", Enio Mancini, schrieb in seinem Grußwort an die Kundgebungsteilnehmer der acht verschiedenen Orte von einer „lobenswerten Initiative", die darauf hinweist, „wie wichtig und dringend es ist, dass auch in eurem Land weiter für die Wahrheit und für Gerechtigkeit gestritten wird." Jetzt, so Enio Mancini, „müsste auch endlich die Staatsanwaltschaft Stuttgart, so wie sie es uns seit Langem versprochen hat, ähnliche Maßnahmen in Deutschland einleiten. Doch zu unserem großen Bedauern passiert das bis heute leider noch nicht. Nachdem 60 Jahre lang Gerechtigkeit verweigert wurde, scheint es leider, als würde man weiterhin den historischen und moralischen Wert dieser Prozesse unterbewerten, obwohl sie doch die einzige Möglichkeit darstellen mit Nachdruck zu bekräftigen, dass Niemand, egal welcher Armee oder Miliz er angehört, an keinem Ort der Welt, angesichts solcher Verbrechen glauben darf, ein Recht auf Straffreiheit zu haben."

Zum Abschluss bekräftigten 80 Antifaschistinnen am Jahrestag der Befreiung, am 8. Mai, vor der Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Forderung nach der Verfolgung der Täter und forderten den anwesenden Oberstaatsanwalt Häusler auf, unverzüglich Anklage zu erheben. *kun* ■

Übergabe der Forderungen an die Stuttgarter Staatsanwaltschaft

„Endlich Schluss mit dem Gebirgsjägertreffen in Mittenwald!"

Aktionen am 27./28. Mai in Mittenwald

Dieses Jahr treffen sich in Mittenwald zum 49. Mal Wehrmachtsveteranen, ehemalige und aktive Bundeswehrsoldaten sowie deren SympathisantInnen zum Gedenken. Gegen eine „Traditionspflege", bei der die Kriegsverbrechen im Rahmen des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges unter den Tisch gekehrt werden, protestieren auch dieses Jahr am 27./28. Mai am gleichen Ort verstärkt antifaschistische und antimilitaristische Gruppen, Überlebende des Holocausts, Opfer der NS-Militärjustiz und Teilnehmer an den internationalen Kämpfen gegen Krieg und NS-Regime, an der antifaschistischen Aufklärungsarbeit unter deutschen Soldaten und Kriegsgefangenen.

Die Präsenz der Überlebenden der Massaker und der europäischen Resistance in Mittenwald, die daraus resultierende breite Berichterstattung in Presse und Fernsehen, insbesondere über die Verwicklung der Gebirgsjäger in die Vorbereitung des Holocaust und in den Vernichtungskrieg hat die Gemeinde Mittenwald in die Defensive gedrängt. Deswegen will sie dieses Jahr sogar die Aufstellung eines Zeltes für die Zeitzeugenveranstaltung „ordnungsrechtlich" verhindern. Die Veranstalter haben deshalb einen Appell an die Gemeinde Mittenwald, an die Kirchengemeinden und an die Bayerische Staatsregierung verfasst. Wer den Appell an die Gemeinde Mittenwald unterstützen möchte, melde sich bitte bei der Mail-Adresse vvn-bdanrw@freenet.de oder angreifbare.tradition@freenet.de.
Hier der Wortlaut des Appells.

Appell an die Marktgemeinde Mittenwald, an die katholische und evangelische Gemeinde, an die Bayerische Landesregierung!
27. April 2006

Sehr geehrte Damen und Herren!
Wie wir erfahren haben, sollen dieses Jahr in Mittenwald für die Zeitzeugen-Veranstaltung mit den Überlebenden des Naziterrors, des Holocaust und mit den Kämpfern gegen den Faschismus wiederum keine würdigen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Bereits letztes Jahr waren weder die Stadt Mittenwald, das Hotelgewerbe noch die Kirchengemeinden bereit, dem Holocaust-Überlebenden Maurice Cling aus Paris, der Auschwitz und den Todes-

Programm:

Sa. 27.5.2006

10.00 -14.00 Uhr I Bahnhofsplatz

Versammlung: Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung mit

Gerhard Leo,
Mitglied der franzosischen Resistance,
sowie ehemaligen PartisanInnen aus Kreta und Kärnten

Sterndemonstration

15.15 Uhr I Parkplatz Kneipp-Anlage (**Stern 1**)
„Der Kameradenkreis der Gebirgsjäger"

15.00 Uhr I Innsbruckerstraße (**Stern 2**)
„Die Traditionspflege der Gebirgsjäger"

15.00 Uhr I Krün, Karwendelstr. (**Stern 3**)
Fahrraddemo
„Der Todesmarsch nach Mittenwald"

18.00 Uhr I Bahnhofsplatz
Abschlusskundgebung
bis 22.00 Uhr Wort- und Musikbeitrage

So. 28.5.2006

9.00 bis 13.00 Uhr I Im Gries

Kundgebung &

Szenische Lesung

Aktuelle Informationen zum Programm, bundesweiten Mobilisierungsveranstaltungen sowie Material zum Download gibt es unter

www.nadir.org/mittenwald

Spendenkonto

Freie Medien e.V.
KontoNr. 470 834 437
BLZ 360 100 43
Postbank Essen

Stichwörter: „Mittenwald" und „Mittenwald-Repression"

Nazis wollten Antifa-Veranstaltung stören

WALSRODE. 150 Menschen folgten am 4. Mai der Einladung von Antifa-Initiative und DGB-Kulturarbeitskreis, um sich aktuell über Neonazis in der Region zu informieren. Erst informiert vom Veranstalter, verhinderten in allerletzter Sekunde einige Polizisten den Einzug von über 20 Neonazis ins Walsroder Jugendzentrum. Die Erfahrungen ehemaliger NS-Verfolgter und WiderstandskämpferInnen sagen zu recht: „Mit den Trägern der verbrecherischen NS-Ideologie gibt es nichts zu diskutieren." Neonazis wie die „Sneevern Jungs", die NPD, die Ludendorffer, die Heisenhof-Akteure versuchen mit Diskussionen, mit dem Einsickern in die Mitte der Gesellschaft, mit bravem Anbiedern, mit Gewalttaten, mit Sport-Musik-Freizeitangeboten an Jugendliche ihre rassistische Ideologie zu verbreiten, Anhänger und allgemeine Akzeptanz zu finden. Den braunen Rattenfängern darf dazu keine Gelegenheit gegeben werden!

Die Drohungen gegen Planer eines Juso-Antifa-Konzertes („dich Zecke kriegen wir auch noch") und gegen Celler Musiker oder das Zukleistern des Gymnasiums Munster nach dem Beschluss „Schule ohne Rassismus" zu werden, sind eindeutig. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass 31 Neonazis sich jüngst an der Schneverdinger Umweltsäuberungsaktion beteiligten – nicht ohne eigene Propaganda: Alle trugen Kleidung mit der Aufschrift „Umweltschutz ist Heimatschutz". Ihre Fackelumzüge zur Wintersonnenwende in Walsrode und ihre Feier am Denkmal für den, von Hitler verehrten, Schlageter im Wald zwischen Visselhövede und Neuenkirchen weisen auf ihre Nähe zum historischen Faschismus hin. Wie einig sich die heidnisch-rassistischen Ludendorffer mit vorbestraften Neonazis sind, konnte bei deren Ostertagung zum wiederholten Male in Dorfmark beobachtet werden.

Ob „Artgemeinschaft", der Ludendorffer „Bund für Gotterkenntnis", Kameradschaften, NPD usw. – alle treffen sich in diversen Immobilien Jürgen Riegers. Im Nazizentrum Heisenhof bei Dörverden lagert das Wahlkampfmaterial der Landes-NPD und dort treffen sich die Neonazis aus dem Elbe-Weser-Raum. Die Neonazi-Führer aus Celle, Soltau-Fallingbostel, Nienburg, Rotenburg, Verden, Stade, Harburg-Land sind z.Z. erfolgreich dabei, ihre Strukturen zu festigen und aufzubauen. Im Kreis Verden wollen sie zur Kommunalwahl antreten. Die NPD-Jugend lobte sich kürzlich selbst im Internet für ihre Aufbauarbeit in Soltau. Sie haben Einfluss, Kontakte und Gruppen u.a. in Bergen, Visselhövede, Neuenkirchen, Munster, Dorfmark, Walsrode, Verden, Rotenburg und entlang der Weser. Die Führer aus diesem Raum treten nicht nur bundesweit als Verantwortliche bei Aktionen auf, sie nehmen auch Jugendliche aus den genannten Orten zu Aufmärschen, Indoktrination und Gewaltaktionen mit.

Es ist an der Zeit, den Neonazis jede Form von Organisation, Einflussnahme, Treffen, Auftritten auf Straßen, in und vor Schulen, auf CD's und im Internet zu unterbinden. Antifa-Konzerte in Munster oder Dorfmark sind allemal besser als Ludendorffer oder NPD in Hotels oder Rathäusern. An alle Verantwortlichen vor Ort: Wehret den Anfängen! Dem Aufstand der Anständigen müssen endlich die Taten der Zuständigen folgen! *Jürgen Stiewe, Landessprecher VVN/BdA Niedersachsen* ■

Fortsetzung Gebirgsjägertreffen

marsch durch Mittenwald überlebte, einen würdigen Veranstaltungsort anzubieten. 2006 will das Ordnungsamt in Mittenwald sogar die Genehmigung für ein Zelt verweigern.

Wir haben für die Veranstaltung in diesem Jahr ZeitzeugInnen aus Israel, Slowenien, Kärnten/Koroska, Griechenland und Frankreich eingeladen. Wir erwarten vom „Fremdenverkehrsort Mittenwald" für unsere internationalen Gäste einen respektablen Umgang und fordern würdige Veranstaltungsräume. Kürzlich haben wir einen Appell verfasst, in dem es heißt: Wir wenden uns auch an die Bürgerinnen und Bürger von Mittenwald! An die Menschen in Bayern!

Am 27. Mai 2006 wird in Mittenwald gegen die Heldenfeier des Kameradenkreises der Gebirgstruppe protestiert. Warum dieser Protest? Einige von uns waren dabei, als in Ihr schönen Gemeinwesen die Frage gestellt wurde: „Ich würde gern einen der Soldaten finden und ihn fragen, warum hast du das getan?" Diese Frage stellte die 73-jährige Christina Dimou aus dem griechischen Dorf Kommeno, als sie Pfingsten 2003 an den Protesten in Mittenwald teilnahm. Als 13-jähriges Mädchen hatte sie erleben müssen, wie im August 1943 ihr Dorf in Nordgriechenland zerstört und 317 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, ermordet wurden. Die Täter: Die 12. Gebirgsjäger-Kompanie aus Mittenwald.

Aber dieser Massenmord war kein Einzelfall: Tausende unschuldige Menschen wurden im Rahmen sogenannter „Vergeltungsaktionen" von Gebirgsjägereinheiten ermordet – abseits von militärischen Kampfhandlungen. Leider wurden diese Verbrechen in den Nachkriegsjahrzehnten in der Bundesrepublik nie wirklich aufgearbeitet. Zur Gegenwart gehören die Opfer von damals. Die Überlebenden und ihre Angehörigen haben meist bis heute keine Entschuldigung gehört oder gar eine Entschädigung erhalten. Und die Mörder ihrer Geschwister, ihrer Eltern, ihrer Kinder blieben fast immer ungestraft.

Darum der Protest. Wir empfinden es als unerträglich, wenn einerseits öffentlich die Tradition der Gebirgsjäger gefeiert wird, andererseits die inzwischen namentlich bekannten und vermutlich an Mordtaten beteiligten ehemaligen Soldaten noch Mitglieder des Traditionsvereins, auch des Mittenwalder Ortsvereins, sind. Wir fordern die klare Distanzierung von den Verbrechen und die Einleitung von Prozessen! Wir fordern: Schluss mit den Wehrmachtstraditionstreffen am Hohen Brendten! Und wir meinen, dafür sollten sich endlich auch die Mittenwalderinnen und Mittenwalder einsetzen.

Wir rufen auf! Nehmen Sie teil an den Aktionen für Frieden, für die Solidarität mit den Opfern der Gebirgstruppe! Bestrafung der Täter! Entschädigung der Opfer! Schluss mit der Wehrmachtstradition innerhalb der Bundeswehr! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Es folgen zahlreiche Erstunterzeichner. Dokumentiert in www.nrw.vvn-bda.de ■

NS-Veteranen treffen sich mit Neonazikadern

Ausgerechnet im alten Rathaus von Stellingen in Hamburg fand am 7. Mai 2006 ein Treffen von hochrangigen Nazikadern aus dem Hamburger Raum statt. In die Gaststätte „Ratskeller“, die sich unter dem Ortsamt Stellingen befindet, hatte u.a. die neofaschistische Schülerburschenschaft „Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg“ zu einem „Vortrag von Veteranen des Zweiten Weltkrieges“ geladen. Da die Chattia nachweislich über gute Verbindungen zur Hamburger HIAG verfügt, ist es nicht unwahrscheinlich, dass hier anlässlich des „Unterganges des III. Reiches“ vor 61 Jahren ehemalige SS-Soldaten ihre Fronterlebnisse dem neonazistischen Nachwuchs berichteten. Ältere Herren waren jedenfalls unter den 40-50 Gästen. Vor allem kam jedoch der gesamte Kader der hamburger neonazistischen Szene in Stellingen zusammen. Neben der Landesvorsitzenden der NPD Anja Zysk und dem NPD-Funktionär Jan Zimmermann u.a. Inge Nottelmann und Tobias Thiessen vom „Aktionsbüro Norddeutschland“; Thorben Klebe, ehem. „Blood & Honour“ und Veranstalter von Nazi-Konzerten in Hamburg; Alexander Hohensee, häufiger Anmelder von Naziaufmärschen und Zögling von Christian Worch und weitere langjährige Kader der „Freien Nationalisten“. Für Überraschung sorgte das Erscheinen von Volker Fuchs, Betreiber des Nazi-Klamotten-Ladens „Odin & Freya“ in Hamburg-St.Pauli. Er hatte bisher immer jegliche Kontakte zur Naziszene geleugnet und behauptet, ganz unpolitisch nur Kleidung zu verkaufen.

Angemeldet hatte die Veranstaltung im Ratskeller Michael Arnold, in den 90er Jahren 2. Stellvertreter der inzwischen verbotenen „Nationalen Liste“. Die Betreiber der Gaststätte, in der sich während des Nationalsozialismus die Hamburger „Swing-Jugend“ heimlich traf und heute die SPD regelmäßig Versammlungen abhält, wollen von ihren neonazistischen Gästen nichts gewusst haben. Allerdings war der SS-Veteranen-Vortrag nicht die einzige Veranstaltung der extremen Rechten in diesem Lokal. Am 27.11.2005 fand hier der 38. ordentliche Landesparteitag des Hamburger Landesverbandes der NPD statt. Damals wurden „bedeutsame Veränderungen“ im Landesvorstand beschlossen. Der langjährige Landesvorsitzende der NPD Ulrich Harder, erklärter Gegner der „Freien Nationalisten“, wurde abgewählt und durch erst 34-jährige Anja Zysk ersetzt. Gleichzeitig wurde der gesamte Landesvorstand umgestaltet und die Öffnung für militante Neonazis bekräftigt. Bei dem Landesparteitag sprach auch Andreas Molau Chefredakteur des Parteiblattes „Deutsche Stimme“. Bei einer weiteren größeren NPD-Veranstaltung im Ratskeller sprach Jürgen Gansel, der als Abgeordneter der NPD im sächischen Landtag durch seine Rede vom „Bombenholocaust“ bundesweit bekannt wurde. Und zuletzt kam am 7. April 2006 extra der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt angereist und sprach vor ca. 60 Personen, u.a. Jürgen Rieger, zum Thema „Warum Deutschland Nationaldemokraten braucht.“ Für die anwesenden jungen Nazis dürfte das „musikalische Rahmenprogramm“ eher schwer erträglich gewesen sein, es sang die Nazibardin Lena Annette Hildebrandt.

Besonders skandalös ist vor diesem Hintergrund das Verhalten der Hamburger Behörden. Der Verfassungsschutz, der schon von jahrelangen Treffen der SS-Veteranen der HIAG in der Hamburger Handwerkskammer nichts gewusst hatte, ließ hier mehrmals zu, dass sich Neonazis an einem prominenten Ort trafen. Ahnungslos traf auch die hamburger Polizei langsam tröpfelnd bei dem Nazi-Treffen am 6. Mai ein. Unter ihren Augen versuchten 10 verspätet eintreffende „Kameraden“ einen Angriff auf vor dem Lokal stehende GegendemonstrantInnen; polizeiliche Konsequenzen hatte dies offenbar nicht. Als sie schließlich ca. 200 Beamte zusammengezogen hatte, beendete sie keineswegs den Veteranen-Vortrag, sondern sorgte vielmehr für den reibungslosen Abtransport der Nazis in einem städtischen HVV-Bus. Anschließend wurden ohne Grund ein Dutzend friedlicher AntifaschistInnen unter dem absurden Vorwurf „Eingriff in den Straßenverkehr“ und „Störung einer Geburtstagsfeier“, gemeint war wohl das Nazitreffen, festgenommen. Die zufällig anwesende SPD-Distriktvorsitzende Ines Schwarzarius sprach empört von „Jagdszenen“.

Die Nazi-Veranstaltung vom 6. Mai in Stellingen zeigt deutlich, dass in Hamburg die extreme Rechte enger zusammenrückt. Dazu gehört auch, dass Teile der Hamburger Korporationen immer enger mit Neonazis kooperieren. Die Chattia hatte ursprünglich für den 13. Mai 2006 einen „Pennalen Schützentag“ geplant. Die schlagende Verbindung, welche für einen völkisch-nationalistischen Staat kämpft, wollte sich im Schützenhaus im schleswig-holsteinischen Hasloh treffen. Dass Hamburger „Waffenstudenten“ über scharfe Schusswaffen verfügen und in entsprechenden Vereinen organisiert sind, wusste der VS schon 1993 in einem Vertraulichen VS-Bericht zu vermelden. Und schließlich zeigt sich einmal mehr, dass die Hamburgert Behörden Neonazis gewähren lassen, schützen und im Zweifelsfall lieber friedliche Gegendemonstrantinnen verfolgen.

erk ■

Bundesregierung soll Absichten offen legen und nicht Verfassungsbruch vorbereiten!

BERLIN. Auf Einladung von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung hat in der letzten Woche eine Ministerrunde über eine Grundgesetzänderung gesprochen, mit der Bundeswehreinsätze im Inland ermöglicht werden sollen. Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Der Bundeswehreinsatz im Inland ist immer noch nicht vom Tisch. Auch die heutige Ministerbesprechung hat entsprechenden Plänen von Innenminister Schäuble und Verteidigungsminister Jung keine Absage erteilt. Das ist umso bedauerlicher, als die beiden Minister nichts Geringeres planen, als das eindeutige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar dieses Jahres zu umgehen. Die beiden Minister haben in den vergangenen Tagen wiederholt erklärt, die Trennung von Polizei und Militär aufheben zu wollen. Verteidigungsminister Jung kündigte in der FAZ an, das Grundrecht auf Menschenwürde auszuhebeln, indem er zivile Passagiermaschinen im Falle der Entführung zu „Feindflugzeugen“ erklärt, gegen die das Kriegsrecht angewendet werden könne. Eine derartige Uminterpretation des Verteidigungsbegriffes ist abenteuerlich.

Die SPD macht sich unglaubwürdig, wenn sie in der Presse ihren Widerstand gegen solche Pläne äußert, aber zugleich nichts darüber verlauten lässt, was auf der Ministerbesprechung konkret vereinbart wurde. Ich fordere von der Bundesregierung, ihre Absichten offen darzulegen und nicht in weiteren, konspirativen Gesprächsrunden den offenen Verfassungsbruch vorzubereiten. Diese Forderung wird auch die kommende Sitzung des Innenausschuss beschäftigen.

Die Fraktion DIE LINKE wird am Montag, 22. Mai, eine öffentliche Anhörung zur Militarisierung der Innenpolitik durchführen.

Ulla Jelpke, MdB
ulla.jelpke@bundestag.de ■

Proteste gegen Nazis am 1. Mai

LEIPZIG/ROSTOCK/HEPPENHEIM. Am 1. Mai scheiterten die Nazis um Christian Worch und Steffen Hupka an antifaschistischer Gegenwehr mehrerer Tausend Menschen in Leipzig. Sie hatten geplant, vom Hauptbahnhof und vom Ostplatz aus in den Leipziger Süden zu marschieren. Die insgesamt 540 Rechtsradikalen wurden jedoch auch in diesem Jahr enttäuscht. Der durch Hupka angemeldete Marsch vom Hauptbahnhof konnte nicht beginnen, da mehr als 500 Menschen den Georgiring mit einer Sitzblockade sperrten. Ca. 2000 Antifas zeigten durch dezentrale Aktionen und Sitzblockaden zwischen Bayrischem Platz und Ostplatz, dass Naziaufmärsche hier nicht geduldet werden. „Gerade das Zusammenspiel der verschiedenen Initiativen von der Sitzblockade bis zu kreativen Kleingruppenaktionen war wichtig für den Erfolg des heutigen Tages“, so Klara Naumann, Sprecherin der Leipziger Antifa. *PM LeA* ■

Braun statt bunt? Eine Betrachtung zu den Ereignissen am 1. Mai in Rostock

Für den ersten Mai hatte die NPD ihren Wahlkampfauftakt zur Landtagswahl in MV mit einer Demonstration in Rostock angekündigt. Der DGB hatte mit einem Straßenfest geantwortet, alle demokratischen Parteien eingeladen. DGB-Chef Peter Deutschland und Ministerpräsident Ringstorff signalisierten mit ihrer Teilnahme die Bedeutung dieses Ereignisses für das Land. Kurz zuvor hatten alle Parteien im Landtag ein Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus verkündet. Rostock sollte so für das ganze Land ein Zeichen gegen Rechts setzten.

Das politische Resultat des 1. Mai in Rostock ist für die demokratischen Parteien eher kläglich. Während sich die NPD ohne Proteste und Widerstand in Rostocks Straße präsentieren konnte, waren die Demokraten im unmittelbaren Stadtzentrum in einem Polizeikordon eingesperrt. Eine falsche Welt könnte man meinen, obwohl Innenminister Timm den Polizeieinsatz mit wenigen Zusammenstößen und nur sieben Verletzten als Erfolg vermeldete. Politisch ist der Tag in Rostock für die Demokratie ein Desaster. Die Verantwortung dafür tragen Rostocks Bürgermeister Methling, Innenminister Timm und der Polizeieinsatzleiter Qualmann. Obwohl 20.000 Demonstranten zum „Buntstatt-braun“-Fest erwartet wurden, kamen nur 3.000 Besucher, während 20.000 Menschen das Strom-Fest in Warnemünde besuchten. Statt der angekündigten 3.000 Nazis kamen nur 1.300. Angesichts dieser eher überschaubaren Demonstrationsmengen sah sich die Polizei mit 4.000 Beamtem vor Ort jedoch nicht in der Lage, den Rostockern ihren Protest gegen

den Naziaufmarsch zu ermöglichen. Mit der Lahmlegung des Nahverkehrs und der Behinderung des Zuganges zum und aus dem Stadtzentrum durch die Polizeikräfte wurde den Rostocker Bürgern die Teilnahme am antifaschistischen Straßenfest eher erschwert. Ein massives Polizeiaufgebot hatte bereits im Vorfeld zahlreichen Rostockern die Teilnahme am Straßenfest vergällt. Es scheint fast so, als sei der Protest der Rostocker gegen die Nazidemo unerwünscht gewesen. Die Nazis haben sich hingegen ohne spürbaren Protest in ihrem Auftritt bestätigt gefühlt.

Auch der Protest der Gewerkschafter vor und in ihrem eigenen Haus war offensichtlich nicht erwünscht und wurde von der Polizei verhindert. Kann die demokratische Demonstrationsfreiheit der NPD so weit gehen, dass die Artikulation der demokratischen Mehrheit so weit, wie hier beschrieben, eingeschränkt werden darf? Ein gemeinsames Auftreten aller Demokraten gegen Rechtsextremismus, politisch wohltönend im Landtag verkündet, wurde so ad absurdum geführt.

Es scheint, als hätte Innenminister Timm kein wirkliches Interesse an Protesten gegen rechtsextremistische Demonstrationen. Statt dessen war ihm wohl die bestandene Generalprobe seines Polizeiauftrittes für den G8-Gipfel im nächsten Jahr wichtiger. Viele Teilnehmer an der Antinaziaktion des DGB waren deshalb zu Recht enttäuscht. Statt Widerstand gegen Rechtsradikalismus zu demonstrieren, hat die Stadt Rostock den Nazis ihre Tore geöffnet und spürbaren Widerstand dagegen systematisch unterbunden.

Dr. Axel Holz / Schwerin ■

Außerdem kam es am 1. Mai zu drei Naziaufmärschen in den Kleinstädten Heppenheim, Ladenburg und Weinheim in der Rhein-Neckar Region sowie zu Gegenprotesten, an denen sich über 800 Menschen beteiligten.

Demonstration und Sitzblockaden gegen Naziaufmärsche am 1. Mai in Leipzig

„Gedanken am Rande“

Die Menschen strömen in langem Zug, zeigen auf Plakaten, Schildern, Bändern, was sie wollen, was ihr gutes Recht ist in diesem Lande.
Sie zeigen, dass sie das Erstarken der Nazis verhindern wollen, und sie demonstrieren für soziale Gerechtigkeit. Entschlossenheit in den jungen Gesichtern, aber doch auch Angst.
Sorge und doch Hoffnung ist auch den Alten anzusehen, dass man den von der Polizei geschützten Spuk in ihrer Stadt verhindern kann.
Wer wünscht sich hier die Braunen, die schon wieder Rassenhass verkünden, die niederschlagen wollen, was dem angeblich deutschen Denken nicht entspricht, in deren Köpfen schon KZ und Anmaßung manifestiert werden? Wer genehmigt und schützt ihre Aufmärsche, Wer richtet sich also gegen die Bevölkerung einer Stadt, eines Landes? Wer lässt Polizeieinheiten mit Wasserwerfern, Schlagstöcken, Tränengas aufmarschieren für diese noch kleine Minderheit? Wer bezahlt den riesenhaften Schutz der Verblendeten? „Denn heute gehört uns Deutschland, und morgen die ganze Welt“.
Ich habe es noch in den Ohren, kann die Texte, die sie singen auswendig: „Wir werden weitermarschieren, wenn alles in Scherben fällt...“ Wie grotesk, ich habe sie erlebt, diese Scherbenwelt, die sie auf der Erde hinterlassen haben – Ruinenstädte, diese Massen von Toten überall in der Welt – um ihrem Herrschaftsanspruch zu genügen. Oder war es nicht nur der Anspruch auf Macht? Waren wir damals die Schachfiguren, die gesetzt wurden? Arbeitslosigkeit, Hoffnung auf eine gesicherte Zukunft trieb uns, vor allem die jüngeren, zu Hauf in die neue braune Hoffnungsgesellschaft. War es eine neue Gesellschaft, wer stand hinter dieser Kriegsrüstung, die sozialen Aufstieg vieler brachte? Sie rettete uns aus dem sozialen Elend. Wir bauten Fabriken, Autobahnen, hissten stolz die Fahne des Neuen. Wir Schachfiguren zogen in den Krieg für dieses Neue. Wir waren keine soziale Gefahr mehr, die Mahner wurden abgeschafft, gefoltert, verheizt. Das war doch der Ausweg aus der finanziellen Flaute. Aber wer verdiente wirklich an der Kriegsvorbereitung, wer verdiente täglich an der Vernichtung von Menschen und Gütern, an der Produktion neuer Waffen? Wer verdiente am mühseligen Aufbau nach der Vernichtung?
Wir haben in den Scherben dieser Welt gesessen, fast alle haben wir verloren, oft unsere liebsten Menschen, unser Habe. Nach diesem Inferno waren wir froh über jeden, der überlebte, fragten nicht nach den Verursachern, nach den Verdienern an unserem Elend.
„Wir werden weitermarschieren, wenn alles in Scherben fällt, denn...“
Die Schachfiguren auf den Brettern, wie selbstbewusst fallen sie heute in Städte und Gemeinden ein. Marschieren sie nicht schon wieder, um einen Hoffnungsschimmer aus ihrem sozialen Aus zu erhaschen?
Wir haben nach dem Spuk aufgebaut, aus den Trümmern eine neue Welt geschaffen, Städte neu gestaltet, versucht, den Menschen Arbeit, Hoffnung, humanistische Werte zu vermitteln, wollten unbedingt Frieden, Feindbilder sollten der Vergangenheit angehören.
Und nun stehe ich hier, sehe die Polizeigewalt aufgestellt gegen die Menschen, die diese Schachfiguren nicht wollen in ihrer Stadt,
Gerührt bin ich über den Mut der Jungen, die sich auf die Straße setzen, die sich diesem Nazispektakel und der Gewalt entgegenstellen, möchte sie umarmen und stützen. Sie sehen nicht aus wie reichbetuchte Bürger, aber sie sehen so aus, als wollten sie nicht als Schachfiguren in Kriegen sterben. Und ich bin ihnen so dankbar, dankbar weil auch ich Kinder und Enkelkinder habe, die leben wollen. Ich bin ihnen so dankbar, weil ich eine alte Frau bin und sie bei ihrem Protest körperlich nicht mehr unterstützen kann.

marmi, Friedenszentrum Leipzig e.V. ■

Alles nur Spaß!?

Dass es in der Metal-Szene, nicht nur im so genannten „Black Metal", zum guten Ton gehört, auch mal schärfere Töne anzuschlagen und Elemente faschistischer Ästhetik immer wieder gerne verwendet werden, sollte zumindest seit dem Erfolg von Rammstein allgemein bekannt sein. Außer kirchlichen Sektenbeauftragten lässt sich dadurch auch kaum noch jemand provozieren. Bei der 1990 in Finnland gegründeten Band Impaled Nazarene sieht das hingegen anders aus.

Im Laufe ihrer „European Take Over" - Tour 2006, die unter anderem 14 Auftritte in Deutschland vorsieht, gerät die Band aufgrund ihrer Texte nun in die Kritik. Schaut man sich die Texte etwas genauer an, wird dies verständlich. In dem Lied „Zero Tolerance", auf dem 1999 erschienenen Live-Album „Death Comes In 26 Carefully Selected Pieces" zu finden, heißt es etwa: Zero tolerance, no fucking rights/monkey fucks monkey punishment is AIDS/ It is digusting/Listen you fucking homo boys, your time has come/And if you are a lesbian, you still have a cunt to rape/It is unnatural.

Dass Leute es kritikwürdig finden, wenn ungehemmt zum Mord an Schwulen und zur Vergewaltigung von Lesben aufgerufen wird, kann die Band allerdings überhaupt nicht verstehen. Stattdessen werfen sie ihren Kritikern in Interviews vor, dass sie „nicht in der Lage" seien, „Humor in gewissen Dingen zu sehen". Außerdem seien besagte Songs schon längst aus dem Programm genommen und mensch solle sich doch bitte nicht so aufregen. Seltsam aber, dass im Internet ein Konzertbericht vom letzten Jahr kursiert, aus dem hervorgeht, dass auf einem Gig im Berliner Club K17 nicht nur „Zero Tolerance", sondern auch das Lied „Total War – Winter War" gespielt wurde, in dem dazu aufgefordert wird, Kommunisten zu ermorden.

Sowohl lokale antifaschistische Gruppen als auch Schwulen- und Lesbenverbände mobilisieren nun, zum Teil erfolgreich, gegen die geplanten Auftritte. Bereits in 6 Städten wurden die Konzerte von Impaled Nazarene nach Protesten abgesagt. In Karlsruhe, Gießen, Flensburg, Augsburg, Halle und Sulzbach-Rosenberg kann die Band nicht wie vorgesehen spielen. Auch in der Schweiz wurde bereits ein Konzert „aufgrund textlichen Inhalts" gestrichen, wie der Veranstalter dem Galler Tagblatt erklärte.

Der Sozialpädagoge des Sulzbacher Jugendtreffs, Christian Böhm, ist durchs Internet auf die Diskussion um Impaled Nazarene aufmerksam geworden. „Bezeichnenderweise sind die besagten Texte als einzige nicht im Booklet der CD abgedruckt, das hat mich stutzig gemacht. Darauf habe ich selber recherchiert", sagt er und fügt hinzu: „Als ich dann die menschenverachtenden und volksverhetzenden Texte gelesen habe, haben wir das Konzert umgehend abgesagt." Außerdem reichte er einen Antrag auf Indizierung bei der Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Medien (BPjM) ein.

Auch in Halle könnte es ein juristisches Nachspiel geben. Der Schwulen- und Lesbenverband RosaLinde e.V. schickte Pressemitteilungen an Stadtrat, Parteien und Verbände und machte auch die Staatsanwaltschaft Halle und das Justizministerium auf die Band aufmerksam. Das Justzizministerium leitete die Nachricht an die zuständige Polizeidienststelle weiter, die jetzt wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen die finnische Band ermittelt. Die Rechtfertigungsversuche der Band und ihrer Fans, dass Impaled Nazarene mit Politik nichts am Hut hätte und gerade die Textstelle in „Zero Tolerance" nichts weiter als „Humor" sei, will Daniel Gollasch vom RosaLinde e.V. nicht gelten lassen. „Es ist selbstverständlich einfach zum Mord von Schwulen und zur Vergewaltigung von Lesben aufzurufen, damit eine homophobe Atmosphäre zu schaffen und wenn es Kritik gibt zu sagen: Ist alles nur Spaß."

Ein wenig humorlos scheint der Sänger Mika Lutinnen zu werden, wenn er nicht damit rechnen muss, dass seine Aussagen irgendwo als Interview veröffentlicht werden. So wurde ein Fan, der sich über den Text von „Zero Tolerance" beschwerte, als „piece of fucking faggot shit" beschimpft. „I hope you get AIDS and die in pain." Absender: „The whole band."

Im Gegensatz zu Veranstaltern in anderen Städten halten die Betreiber des K17 in Berlin-Friedrichshain an dem Konzert fest. „Das wird stattfinden", erklärt die freundliche Frau am Telefon und verweist für weitere Informationen auf die Website des Ladens, auf der eine Stellungnahme von Impaled Nazarene und des Bookers Bruchsteinrecords zu finden sei. Auf die Stellungnahme, in der behauptet wird, die kritisierten Textpassagen seien „völlig aus dem Zusammenhang gerissen und berücksichtigen weder den historischen Zusammenhang noch den gesamten Kontext", wurde in einer Mail einer antifaschistischen Initiative an die Betreiber bereits eingegangen. Diese wollte gerne von der K17 wissen „in welchem Kontext, Zusammenhang oder mit welchem historischen Hintergrund sich ein Aufruf zum Mord oder die Vergewaltigung homosexueller Menschen, Vernichtungsphantasien gegenüber Kommunisten, die Benutzung eindeutig nationalsozialistischen Vokabulars und Gedankenguts (Untermensch/ Übermensch/Totaler Krieg /Arbeit macht frei) rechtfertigen oder ‚verstehen' lässt."

Der sich selber als „links" verstehende Veranstalter kann einen passenden Kontext auch nicht erläutern und hat „keinen Bock mehr auf diesen Scheiss." Damit mag er darauf anspielen, dass es bereits in der Vergangenheit Kritik an Veranstaltungen im K17 gab. So fand im Dezember 2001 ein „Eastside Hardcore over X-Mas"-Festival statt, bei dem unter anderem die Band Withheld auftrat. Der Sänger dieser Band, Michael Manko aus Königs Wusterhausen, ist bei der NPD und bei den ‚United Skins' organisiert. Das Festival wurde fast ausschließlich von Nazis besucht. Auch an den ‚schwarzen Donnerstagen' gehören oftmals Nazis zum Publikum. Was bei einem Laden dessen DJ's ‚Asgard' und ‚Mitgard' heißen auch wenig verwundert. Auch wenn Impaled Nazerene keine Nazis sind, sondern ‚nur' homophob und in Ansätzen faschistoid, muss doch damit gerechnet werden, dass das Konzert wie auch schon im vergangenen Jahr von Nazis besucht werden wird, was von den Betreibern der K17 offensichtlich geduldet wird.

Was geschieht, wenn Nazis und/oder faschistisches Gedankengut geduldet werden, kann mensch exemplarisch am Berliner Bezirk Friedrichshain sehen. Allein in diesem Jahr wurden 25 rechtsmotivierte Straftaten gezählt. Damit steht der Bezirk auf Platz eins rechter Gewalttaten in Berlin.

jana, Naturfreundejugend Berlin ■

61. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau

Zur Gedenkveranstaltung des Internationalen Lagerkomitees Dachau (CID) am 30.04. hatten sich an die 500 Teilnehmer auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ Dachau versammelt. Kultusminister Schneider hielt die Grußrede für die bayerische Staatsregierung. Für das CID sprach dessen Präsident Pieter Dietz de Loos, der Nachfolger von General André Delpech. Als Sohn eines ehemaligen KZ-Häftlings hielt damit erstmals ein Vertreter der zweiten Generation die Gedenkrede. Ungewöhnlich scharfe Worte fand de Loos für die finanzielle Situation der Gedenkstätte. Er ermahnte die Staatsregierung explizit an ihre Verantwortung. Es sei „undenkbar", dass keine neuen Mitarbeiter eingestellt werden könnten. Dies gelte auch für die religiösen Vereinigungen. Einen für den Herbst diesen Jahres geplanten Kongress zur internationalen Jugendarbeit sah er auf Grund der Finanzlage als bedroht an. De Loos kritisierte auch die politische Haltung „einiger Länder", die meinten, im neuen Jahrtausend einen Schlussstich unter die Geschichte ziehen zu können. Im Anschluss begaben sich viele der Teilnehmer noch zu der Gedenkstätte Hebertshausen, wo die SS etwa 4000 sowjetische Kriegsgefangene ermordete, die sie für aktive Kommunisten hielt. Die Gedenkrede (anbei) wurde vom Vorsitzenden der deutschen Lagergemeinschaft, Max Mannheimer, gehalten, der auch des am selben Tag verstorbenen Präsidenten des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, gedachte. *fb* ■

Max Mannheimer, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau

Rede von Max Mannheimer, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau in der Bundesrepublik Deutschland, bei der Gedenkstunde am 30. April 2006 am ehemaligen SS-Schießplatz in Hebertshausen:

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ich danke Ihnen, dass Sie auch an diesem 61. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau hierher gekommen sind: Zum gemeinsamen Gedenken an die im Lager Dachau und am ehemaligen SS-Schießplatz Hebertshausen Ermordeten.

Nach den vielen und vielfältigen Feierlichkeiten im vergangenen Jahr zum 60. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg hatten wir Überlebenden des KZ-Terrors schon ein wenig befürchtet, dass das Interesse an den Schicksalen der Opfer des Naziregimes nun – nachdem kein so bedeutsamer Jahrestag ansteht – nachlassen würde.

Ihre Anwesenheit beweist mir das Gegenteil. Auch wenn es nicht mehr so viele KZ-Überlebende aus aller Welt sind, die in diesem Jahr die ehemaligen Stätten ihrer Leiden besuchen konnten. Gerade weil dies für viele von uns inzwischen altersbedingt mit vielen Beschwerlichkeiten verbunden ist, hoffen wir auf Sie, auf Euch. Wir hoffen auf die Nachgeborenen.

Wir gedenken hier der über 4000 sowje-ischen Kriegsgefangenen, die an diesem SS-Schießplatz umgebracht wurden. Entgegen allem internationalen Kriegsrecht gaben sich SS und Wehrmacht mit dem so genannten Kommissarbefehl den Freibrief, jüdische Menschen und Menschen, die sie verdächtigten, aktive Kommunisten zu sein, zu ermorden. Ein solcher Ort der Massenvernichtung war dieser ehemalige Schießplatz, auf dem wir stehen.

Die Namen der Kriegsgefangenen, die hier von der SS umgebracht wurden, fanden nicht einmal mehr Eingang in die sonst meist so akribischen Auflistungen der Dachauer KZ-Bürokratie. Namenlos sollten sie sterben, ausgelöscht werden, ohne dass ihre Spuren und die Spuren ihrer Mörder später noch auftauchen.

Das ist den Tätern nicht gelungen – auch wenn es lange gedauert hat, bis hier in Hebertshausen eine würdige Gedenkstätte entstehen konnte. Und bis es der wissenschaftlichen Spurensuche gelang, die letzten Leidenswege zumindest eines Teils der Ermordeten nachzuvollziehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben hier schon oft gemahnt, dass ein Gedenken und Erinnern stets auch einen Bezug zur Gegenwart und in die Zukunft haben müsse. Und jedes Jahr gab es solche Bezüge. Es gab Bezüge, die uns allen Mut machen: Das nicht müde werdende Engagement vieler Menschen gegen das Vergessen zum Beispiel bis heute.

Aber es gibt auch die anderen Bezüge. Diejenigen, die Angst machen. Dazu gehört der jüngste Mordversuch an einem dunkelhäutigen Menschen in Potsdam. Nicht nur, dass das inzwischen eine Untat unter vielen ist, lässt erschrecken. Noch erschreckender ist, das allzu oft auf solche kriminellen Handlungen folgende Abwiegeln zuständiger Stellen: Es sei ja nicht erwiesen, dass der Überfall wirklich einen rassistischen Hintergrund habe, wurde verlautbart. Besonders unrühmlich hervorgetan haben sich hier Bundesinnenminster Schäuble und sein Brandenburger Kollege Schönbohm.

Aber es ist ja oft so: Wenn Neofaschisten politische Gegner zusammenschlagen, dann wird das als „Rangelei unter Jugendlichen" verharmlost. Auf solche Vorkommnisse hat, ebenfalls am Beispiel Brandenburg, unlängst die Süddeutsche Zeitung hingewiesen. Unter der ironischen Überschrift: „Jede Woche ‚Einzelfälle'".

Wir brauchen aber nicht nur in die östlichen Bundesländer zu schauen, um solche Beispiele zu finden. Es ist gerade einen Monat her, dass bei uns in Bayern, in Cham in der Oberpfalz, Neonazis aufmarschierten und den Hitlergruß zeigten. Die antifaschistischen Gegendemonstranten – mein Kamerad und Freund Ernst Grube gehörte dazu – mussten sich den Spruch anhören: „Neun Millimeter für linkes Gezeter".

Neun Millimeter – das ist ein Schusswaffenkaliber. Die Polizisten, die diese genehmigte rechtsextremistische Kundgebung zu schützen hatten, sahen sich nicht in der Lage, dagegen einzuschreiten. Weder gegen den Hitlergruß, noch gegen die mörderischen Slogans. Obwohl sie ausdrücklich dazu aufgefordert wurden. Angeblich war der Einsatzleiter gerade nicht zu finden…

Ich fände es schön, liebe Freundinnen und Freunde, wenn der Elan, der

hierzulande gerade wieder einmal von maßgebenden Politikern an den Tag gelegt wird, wenn es um angeblich integrationsunwillige Ausländer geht, andere Wirkungsfelder fände. Ich fände es nicht nur schön, sondern drin-gend notwendig, dass sich dieser Elan endlich einmal gegen jene Inländer richtet, die den braunen Ungeist immer gewalttätiger verbreiten. Sie sind es doch vor allem, die sich nicht in eine demokratische Gesellschaft integrieren wollen – und sie bekunden das inzwischen auch ganz unverfroren.

Aber vielleicht ist meine Vorstellung, dass hier endlich mehr geschehen möge, schon ein bisschen naiv. „Nachgebaute Erinnerung“ hat Franziska Augstein kürzlich einen klugen Kommentar in der Süddeutschen Zeitung überschrieben. Sie hat in diesem Kommentar das nachträgliche In-Eins-Setzen der NS-Mordherrschaft mit der ehemaligen DDR kritisiert, die Gleichsetzung eines Mörderregimes mit einem Unrechtsstaat.

In der heutigen Bundesrepublik, die sich ja ausdrücklich als Rechtsstaat versteht, wird immer öfter mit einem Extremismus-Begriff operiert, der genau solche Gleichsetzungen vornimmt. Nazis sind Extremisten, Antifaschisten, die sich ihnen entgegenstellen, sind ebenfalls Extremisten – „Linksextremisten“, so die Interpretation…Und Kommunisten sind ja sowieso Extremisten. Ich frage mich, wo – im Rahmen solcher Extremismus-Definitionen – die Opfer des nazideutschen „Kommissarbefehls“, derer wir hier gedenken, eingeordnet werden sollen. Muss nach dieser Lesart eine „Feinsortierung“ vorgenommen werden?

In deren Verlauf können dann Ursachen und Folgen des Vernichtungskrieges, mit dem das damalige Deutschland vor allem die ehemalige Sowjetunion überzogen hatte, weiter in Vergessenheit geraten. Der Massenmord an den Juden, den Sinti und Roma und den slawischen „Untermenschen“ wäre dann letztlich auch nur eine – bedauerliche – extremistische Episode gewesen. Liebe Freundinnen und Freunde, verzeihen Sie mir diese etwas bitteren Anmerkungen an diesem Gedenkort.

Schon öfter habe ich hier an mein persönliches Schicksal erinnert, das mich von Auschwitz bis Dachau durch die Konzentrationslager der Naziherrschaft geführt hat. Als Dachau-Häftling wurde ich schließlich von der US-Armee befreit – aber ich bin bis heute der Sowjetunion und ihrer Roten Armee dankbar dafür, dass sie durch die Befreiung der Konzentrationslager und NS-Mordstätten im Osten vielen meiner Kameradinnen und Kameraden ein Überleben möglich machte. Und dass sie dazu beigetragen hat, den Krieg so zu verkürzen, dass auch wir befreit werden und überleben konnten.

Präsident des CID Pieter Dietz de Loos

Seien Sie, liebe Freundinnen und Freunde, trotz meiner etwas bitteren Anmerkungen, versichert: Ich habe meine Zuversicht in die Lernfähigkeit der Menschen und der Menschheit bewahrt. Dafür steht für mich auch wieder der heutige Tag, so wie die vielen anderen Tage, an denen ich mit meinen Mitmenschen – vor allem den jungen – ins Gespräch komme.

Eine Welt ohne Faschismus und Antisemitismus, ohne Rassismus und Krieg, ohne Armut und Not muss immer noch geschaffen werden. Aber sie ist möglich. Wir müssen sie nur wollen und – wo immer wir sind – das unsere dazu tun.

So schwierig das manchmal scheinen mag – wir haben nach wie vor die Möglichkeiten, die denen, derer wir hier gedenken, genommen wurden. ■

Pro Köln hetzt weiter gegen Moscheebau

KÖLN. Am 2. Mai führte die Bezirksvertretung Köln-Ehrenfeld eine Bürgerinformation über den geplanten Bau einer Moschee an der Venloer Straße durch. Ca. 400 Personen waren gekommen, darunter ca. 50 - 60 Personen aus dem Spektrum von „pro Köln“.

Sie interessierten sich überhaupt nicht für irgendwelche Argumente, sondern Provokation und Hetze waren angesagt. Der Gipfel war der Zwischenruf eines rechtsextremen Zuhörers: Auf die Information hin, dass in Köln über 100.000 Muslime leben würden, rief er, das seien 100.000 zu viel. Die große Mehrheit des Publikums war empört. Bezirksbürgermeister Wirges rügte den Zwischenruf.

Andere Provokationen wehrte die Mehrheit der Veranstaltungsteilnehmer ab, indem sie durch Beifall deutlich machte, dass sie den Bau der Moschee befürwortet und für Religionsfreiheit eintritt.

Bei der Bürgerinformation wurden drei wichtige Aussagen noch einmal deutlich: Durch eine neue Verkehrsanbindung im Zusammenhang mit dem Bau der Moschee, die übrigens der Bauträger DITB zahlt, wird die jetzige schlechte Verkehrsanbindung deutlich verbessert. Die Befürchtungen von Anwohnern, dass der Bau der Moschee zu einem totalen Verkehrschaos führen wird, sind somit falsch.

Die Forderung des CDU-Rechtsaußen Uckermann nach dem Bau von 1.000 Stellplätze wies die Stadtverwaltung zurück. Für die Moschee seien nur 120 Stellplätze nötig. Untersuchungen über das Verkehrsaufkommen hätten deutlich gezeigt, dass ein Großteil der Besucherinnen und Besucher direkt aus Ehrenfeld und Umgebung kommen und den Öffentlichen Nahverkehr benutzen. Das zeigt auch: Der Neubau der Moschee wird im Stadtbezirk gebraucht.

Mit all den Argumenten setzten sich die Rechtsextremen überhaupt nicht auseinander. Pro-Köln-Geschäftsführer Manfred Rouhs stellte nur Phrasen dagegen. „Man darf nicht alles glauben, was in der Zeitung steht“ betont er inzwischen mehrfach auf seinen Internetseiten.

Auf der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmte „pro Köln“ gar gegen den Antrag der Verwaltung, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Damit entlarvt sich „pro Köln“ selbst: Einerseits lehnen sie Bürgerbeteiligung ab, andererseits wollen ihre Hetzkampagne nun in Form eines eigenen Bürgerbegehrens weiterführen. Eine sogenannte „Anwohner-Initiative“ habe sich gebildet, die wolle „pro Köln“ unterstützen.

Hatte „pro Köln“ bisher immer betont, dass es sich um eine „Zentralmoschee“ handele, wird das Projekt auf einmal ein Ehrenfelder Thema: Hintergrund, dann müssen sie für ein Bürgerbegehren nur 6.000 Unterschriften sammeln und nicht stadtweit 20.000 Unterschriften.

Jetzt müssen die antifaschistischen Kräfte eine Gegenstrategie entwickeln. Aufklärung und Sachinformation müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

Jörg Detjen ■

Frankreichs Rechtsaußen:

Le Pen und de Villiers bereiten die kommenden Wahlen vor

Ideologische Abgrenzungsversuche, Bündnisangebote und 1. Mai-Demagogie beim Front National

1. Teil von zweien

„Eins ist sicher, Le Pen wird im zweiten Wahlgang sein, nur gegen wen?“ Dieses Zitat eines 68-jährigen Mitglieds der konservativen Regierungspartei UMP, von dem nur der Vorname (Paul) genannt wird, wählte die linksliberale Pariser Tageszeitung ‚Libération‘ an diesem Montag (15. Mai 2006) als Artikelüberschrift. Im nachfolgenden Zeitungsbericht geht es um die verschiedenen Reaktionen der UMP-Mitgliedschaft auf die jüngst aufgeflogenen Regierungsskandale, die unter dem Namen „Clearstream-Affäre“ zusammengefasst werden. (Vgl. zur Clearstream-Affäre ausführlich, vom Autor dieser Zeilen: http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22635/1.html)

Der oben genannte „Paul“ wird mit der Vermutung oder Befürchtung zitiert, bei der nächsten Präsidentschaftswahl, die Ende April und Anfang Mai 2007 in zwei Wahlgängen stattfinden wird, könne Jean-Marie Le Pen dieses Mal gegen die Linksparteien in die Stichwahl gehen. Zur Erinnerung: Am 21. April 2002 hatte Le Pen (mit 16,8 % der abgegebenen Stimmen) als zweitbest platzierter Kandidat hinter dem bürgerlichen Amtsinhaber Jacques Chirac (19,5 %) abgeschnitten. Daraufhin zog er gegen Chirac in die Stichwahl am 5. Mai 2002. Doch im zweiten Wahlgang erhielt er, mit 17,8 Prozent der Stimmen, ein niedrigeres Ergebnis als die extreme Rechte mit ihrer beiden Kandidaten im ersten Wahlgang: Neben Le Pen kam damals noch Bruno Mégret hinzu, mit 2,3 % der Stimmen. Der niedrigere Prozentanteil in der Stichwahl ergab sich aus der gestiegenen Wahlbeteiligung, da die hinzugekommenen Wähler/innen überwiegend für Chirac stimmten. Im Endeffekt wurde Le Pen, der dem hinter Chirac vereinigten Establishment ohne jeden politischen Bündnispartner von Gewicht gegenüber stand, sichtbar ausgebremst. Aber sollte es tatsächlich dazu kommen, dass Le Pen beim nächsten Mal zusammen mit einem/r Vertreter/in der Linksparteien in die Stichwahl kommt (nach derzeitigem Stand wäre das höchstwahrscheinlich die Sozialdemokratin Ségolène Royal), dann könnte die Verteilung der Stimmen anders ausfallen. Denn zumindest ein Teil des konservativen Lagers dürfte sich dann auf beide Kandidaten, den rechtsextremen und den/die sozialdemokratische/n, aufspalten oder sich in die Enthaltung retten.

Partei in der Krise?...

Noch ist es nicht so weit. Und in gewisser Hinsicht wäre es sogar fast paradox, würde Jean-Marie Le Pen es noch einmal bis in den zweiten Wahlgang schaffen. Seit einigen Monaten wirkte seine Partei offen zerstritten, da Le Pen (vor allem im Vorfeld des Referendums über den EU-Verfassungsvertrag im Mai 2005, als man den Front National tatsächlich in der Öffentlichkeit kaum vernahm) einer Fronde innerparteilicher Kritiker gegenüber stand. Diese stellten die vom „Chef“ geplante Regelung seiner Nachfolge, zugunsten seiner Tochter Marine Le Pen, in Frage. Gleichzeitig wollten sie auch an der Entwicklung bei den Inhalten rütteln, da die relativ smart auftretende Ex-Anwältin Marine Le Pen (selbst geschieden und mit einem jungen

Werbung auf der Website des Front National

FN-Kader wieder verheiratet) verdächtigt wurde, eine zu „modernistische“ Entwicklung mit zu softer Ideologie einzuleiten. Schließlich lief ein Teil der „anti-modernistischen“ Kritiker oder Widersacher Le Pens zu dessen neu aufstrebendem Konkurrenten über, dem rechtskatholischen Grafen Philippe de Villiers, dem Chef des ‚Mouvement pour la France‘ (MPF, Bewegung für Frankreich). So verlor der Front National im Dezember 2005 und im März 2006 seine beiden letzten Bürgermeister, Jacques Bompard als Rathauschef im südfranzösischen Orange (30.000 Einwohner) und Marie-Christine Bignon, Bürgermeisterin von Chauffailles (bei Dijon, 4.500 Einwohner), an den MPF.

Ein anderer Kader, der zeitweise mit den Rechtskatholiken unter de Villiers liebäugelte und den Grafen am 11. Februar 06 auf dessen Initiative hin getroffen hat, hat sich dagegen mittlerweile klar von ihm abgegrenzt – da der Graf und Bezirks-Regierungschef im Département Vendée doch zu moderat sei. In einem Interview mit der rechtsextremen Wochenzeitung ‚Minute‘ (vom 10. Mai 06) erklärt Bernard Antony, das langjährige Oberhaupt des katholisch-fundamentalistischen Flügels des FN: „Ich habe ihn (de Villiers) mehrfach getroffen (...). Um offen zu sein, habe ich mit ihm an mehreren Punkten Gemeinsamkeiten gehabt, beispielsweise über die aktuelle Islamisierung Frankreichs; zu diesem Thema erscheinen die Positionen von Jean-Marie Le Pen ein bisschen zu vage.“

Tatsächlich betont de Villiers seit einigen Monaten auf extreme Weise die religiöse Differenz zwischen Christentum und Islam – worauf der unter politischen Konkurrenzdruck geratene Le Pen reagiert, indem er herausstreicht, das sei nicht der entscheidende Punkt („Man muss die gesamte Einwanderungspolitik stoppen“).

Im Zuge dieses politischen Abgrenzungsprozesses hat Le Pen sogar seine Kritik am Islam teilweise relativiert und die Einwanderungsfrage „pur“ herauszuschälen versucht, während de Villiers vorwiegend auf einer politischen Rhetorik beharrt, die aus dem Zeitalter der Religionskriege stammt.

Doch Bernard Antony führt im gleichen Interview aus: „Dennoch vertraue ich Philippe de Villiers nicht wirklich. Ich glaube nicht, dass er wirklich mit dem System gebrochen hat, obwohl er dies behauptet. Kurz, mit dem Front National habe ich Differenzen in der Form. Mit Philippe de Villiers habe ich vor allem Differenzen in der Sache.“ Daher bleibe er, so Bernard Antony, dem FN treu, auch wenn er ihm formal nicht mehr als Mitglied angehöre. Unterdessen konzentriere er, Antony, sich vor allem auf die Aktivitäten seiner Vereinigung AGRIF („Allgemeine Allianz gegen den Rassismus und für den Respekt der französischen Identität“), die früher dem FN als Satellitenorganisation angegliedert war, jedoch derzeit als selbständige Organisation tätig ist.

Guillaume Peltier, der knapp 30-jährige Generalsekretär des MPF, der dereinst (von 1998 bis 2001) selbst der Jugendorganisation des Front National angehörte, gibt derzeit die Zahl der zu de Villiers' Partei übergelaufenen früheren FN-Mitglieder mit 3.000 an. Dies gehe aus einer Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut IFOP hervor. Wie glaubwürdig diese Angaben sind, muss vorläufig dahin gestellt bleiben.

Doch die strukturellen Ursachen dafür, dass de Villiers' einstige Kleinpartei (hervorgegangen aus der winzigen Be-

wegung ‚Combat pour les Valeurs', „Kampf für die Werte") nunmehr seit einem Jahr durch Zulauf aus der extremen Rechten Le Pens' wächst, sitzen tiefer. Denn das innere Parteileben beim rechtsextremen Front National (FN) ist quasi erloschen, die Partei wurde seit mehreren Jahren nahezu als das „Privateigentum" des Chefs geführt. Das bürgerliche Wochenmagazin ‚L'Express' (vom 20. April 06) veröffentlicht dazu erstmals konkrete Zahlen, gestützt auf Angaben aus internen Quellen.

Demnach hat der Front National seit seiner Spaltung (durch Abspaltung des ehemaligen Chefideologen Bruno Mégret) um den Jahreswechsel 1998/99 und bis im Jahr 2001 rund 60 Prozent seiner Mitglieder verloren. Bereits vorher war bekannt, dass der FN zur Zeit seiner Spaltung 42.000 Mitglieder hatte, da damals aufgrund des Rechtsstreits zwischen Le Pen- und Mégret-Anhängern die Listen gerichtlich offengelegt werden mussten. Von diesen gingen also zwischen 1999 und 2001 rund 60 Prozent verlustig. Mit dem Erfolg bei der Präsidentschaftswahl 2002, so fährt der anonym zitierte (ehemalige?) Parteikader gegenüber ‚L'Express' fort, «haben wir die Hälfte von ihnen zurückgewonnen. Aber die meisten von ihnen haben dann in der Folgezeit ihren Mitgliedsbeitrag nicht wieder erneuert». Auf diesem Wege seien 78 % der zurück gewonnenen Mitglieder erneut abhanden gekommen.

Bernhard Schmid, Paris ■

(Fortsetzung und Schluss in der kommenden Ausgabe)

Für die landesweite enge Zusammenarbeit gegen die Naziumtriebe in NRW

Tagung der antifaschistischen Landeskonferenz in Duisburg

Die Zahl der von Neonazis begangenen Straftaten ist seit Jahren stetig gestiegen. Auch die Steigerungsraten in NRW sind überdurchschnittlich, wobei die Zählweise des Landesinnenministeriums keineswegs korrekt ist. Zugleich werden die Aufmärsche der neonazistischen Kameradschaften in engem Schulterschluss mit der NPD immer zahlreicher und ihre Aussagen immer brutaler und dem NS-Originalton ähnlicher. So wurde erstmals seit 1945 ein offenkundig antisemitischer Aufmarsch der NPD gegen eine Synagogenbau in Bochum erlaubt, es wird offen zum Krieg durch Durchsetzung des „nationalen Sozialismus" im Weltmaßstab gehetzt („Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg" war die Losung der Nazis ausgerechnet am Antikriegstag.) und die Naziverbrechen werden offen gefeiert („Die schönsten Nächte sind die Nächte aus Kristall"). Zur Fußball-WM sind neue Naziaufmärsche geplant. Der Schutz der nordrhein-westfälischen Behörden für die NS-Aufmärsche und gegen die antifaschistischen Protestierer wird zugleich weiter ausgeprägt.

Diese Zustandsbeschreibung herrschte auf der Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalens vor, die am Vortag des 8. Mai, Tag der Befreiung vom Faschismus, in Duisburg stattfand. Doch es blieb nicht bei der Beschreibung, sondern es wurde die Frage behandelt: Was ist zu tun?

Druck auch auf die Landesregierung ausüben

Es gelte, weiter Druck aufzubauen gegen Nazis auf der Straße, in den Parlamenten und in den Köpfen, so wurde im Anschluss an das Referat des wissenschaftlichen Mitarbeiters der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (innenpolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS), Frank Brendle, festgestellt. Moderator Kurt Heiler: Wir müssen mehr und gezielten Druck ausüben auf die, die politische Verantwortung ausüben, aber sich darin erschöpfen, andere zu „Aufständen der Anständigen" aufzufordern."

Immer wieder müssten antifaschistische Protestierende erleben, dass die Verantwortlichen sich zurückziehen, und „die, die es ernst mit dem antifaschistischen Engagement meinten, vor Polizeiketten standen und sich vor Gericht wieder fanden".

Es wurde betont: Die separaten, zum Teil ratlosen Bewegungen in einzelnen Städten – Nazis raus aus unserer Stadt – müssten zusammengeführt werden, um im gesamten Land ein Klima gegen die Ausbreitung der braunen Bewegung zu schaffen, dem sich auch „die Politik" nicht entziehen kann. Konkrete Schritte wurden von Landtag und Landesregierung gefordert, die so täten, als ginge sie das alles nichts an. Es gelte, die Bürgerrechte zu verteidigen gegen die fortschreitende Kriminalisierung von Antifaschisten – weil sie die Nazis „stören". Es müsse Schluss sein mit den Prozessen gegen antifaschistische Protestierer.

Zur schändlichen Rolle des Verfassungsschutzes

In einer Arbeitsgruppe wurde der Inlandsgeheimdienst besonders unter Kritik gestellt. Verurteilt wurde die immer mehr um sich greifende verfassungswi-drige Machtfülle des Geheimdienstes Verfassungsschutz. Er habe mit seinem V-Männer-System einen Schutzschild vor den Neonazis errichtet. Er hat mit den Innenministerkonferenzbeschlüssen neue Kompetenzen bekommen, um Ausländer zu diskriminieren. Er beschaffe in einigen Bundesländern Spitzelmaterial für Berufsverbotsverfahren gegen Antifaschisten.

Die Abschiebepraxis in NRW müsse ein Ende haben. Gefordert wurde die volle Wiederherstellung des Grundrechtes auf politisches Asyl und die umfassende Förderung für Einrichtungen wie den NRW-Flüchtlingsrat. Es sei ein Skandal, dass diesem Gremium von der schwarzgelben Landesregierung die Mittel entzogen wurden.

Teilnehmer, Mitwirkende und Unterstützende der Konferenz:

Zu der Konferenz, an der 75 Vertreter aus örtlichen Initiativen gegen Rassismus und Neonazismus teilnahmen, hatten u.a. aufgerufen: die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, die WASG und die DKP des Landes NRW, ferner Vertreterinnen und Vertreter der Linkspartei.PDS und Gruppen von Ausländern sowie von Runden Tischen und örtlichen Bündnissen.

Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA, vvn-bdanrw@freenet.de ■

In der Arbeitsgruppe zur „Jungen Freiheit" stellte Helmut Kellershohn vom DISS-Institut Duisburg dar, mit welchen Mitteln die JF es geschafft hat, zu einem „effektiven" Blatt zu werden und Kampagnenfähigkeit zu entwickeln. Der gezielte Einsatz von Bürgerrechts-Rhetorik, das Einfordern von Meinungs- und Pressefreiheit hat z.B. bei der letzten Leipziger Buchmesse dazu geführt, dass der Ausschluss von der Messe zurückgenommen werden musste. Herausgeber Dieter Stein war von Anfang darauf aus, die JF nicht als Blatt der „Neuen Rechten" sondern als „demokratisch rechts" zu etablieren – gegenteilige Meinungen hatten in der Redaktion keinen Platz. Auf der anderen Seite wird aber innerhalb der Zeitung durchaus Binnenpluralismus in Bezug auf die Autoren praktiziert, so dass auch immer mal wieder Autoren Klartext reden dürfen. Die Akquirierung von Prominenz, vor allem für die Interviewseite, verbreitert die angesprochenen Leserkreise. Gezielt werden die Schnittmengen, etwa in den Bereich des Militärs und christlich fundamentalistischer Kreise ausgeweitet. Bürgerrechtsrhetorik einerseits, Rhetorik des Bürgerkriegs auf der anderen Seite: Auch dazu führte Helmut Kellershohn Beispiele an, die die demokratische Fassade des Blatts enttarnen. So zieht z.B. in Nr. 9-06 Götz Kubitschek in offen völkisch-nationalistischer Diktion gegen „die Ideologen der multikulturellen Gesellschaft" zu Felde, die das „deutsche Volk" zu einer beliebigen Bevölkerung machen wollten. Anders als die Parteiblätter „Deutsche Stimme" und „Nationalzeitung" ist die JF in gewisser Weise „akzeptiert" – ihre Arbeitsweisen offenzulegen und die Versatzstücke neofaschistischer Ideologie, die mit ihr transportiert werden, klar herauszuarbeiten, ist ein wichtige Aufgabe, die das DISS in Duisburg seit Jahren leistet. Die Texte des Instituts seien allen, die sich mit der JF genauer befassen wollen, empfohlen. *u.b.*

Geplantes NRWSchulgesetz gefährdet Integration

WUPPERTAL. Die im Entwurf des neuen NRW-Schulgesetzes vorgesehene Aufhebung der Schuleinzugsbezirke ist nach Einschätzung von Aktion Courage – SOS Rassismus integrationsfeindlich. Auf diesen in der öffentlichen Diskussion über den umstrittenen Entwurf der Landesregierung bisher unbeachtet gebliebenen Aspekt wies Bernhard von Grünberg,Vorsitzender des in Bonn ansässigen Vereins, der sich um die Integration von Menschen ausländischer Herkunft kümmert, jetzt in einem Schreiben an NRW-Integrationsminister Armin Laschet hin. Die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke würde in Stadtteilen mit hohen Ausländeranteilen aller Voraussicht nach dazu führen, dass deutsche Eltern ihre Kinder von Schulen mit hohen Anteilen an Kindern mit Migrationshintergrund nehmen würden, mit der Folge, dass es in diesen Schulen keine deutschstämmigen Kinder mehr gäbe. Da über alle Parteigrenzen hinweg große Einigkeit darüber bestehe, dass Integrationsbemühungen bereits in der Kindheit ansetzen müssten, sollten die Schuleinzugsbezirke beibehalten werden. Es sei integrationspolitisch nicht nur wichtig, dass deutschstämmige Kinder schon im Kindergarten mit Kinder ausländischer Herkunft zusammen spielten. Sie sollten auch in den Schulklassen zusammen sitzen. Sollte es bei der geplanten Aufhebung der Einzugsbezirke bleiben, müsse durch Erlasse sichergestellt werden, dass die beschriebenen integrationsfeindlichen Folgen vermieden werden. Der erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik Heinz Kühn habe bereits 1979 in seinem auch heute noch sehr lesenswerten Memorandum zu Integration gefordert, bei unvertretbar hohen Ausländeranteilen in einzelnen Schulen notfalls Verlagerungsmöglichkeiten auch über Schulbezirksgrenzen hinaus auszuschöpfen. „Freie Schulwahl darf nicht dazu führen, dass ganzen Jahrgängen Zukunftschancen verbaut werden. Die Verteilung muss daher so erfolgen, dass sich Kinder mit Migrationshintergrund nicht als Verlierer abgestempelt sehen“, betonte von Grünberg.

Aktion Courage – SOS Rassismus
www.aktioncourage.org ■

Bundesausländerbeirat kritisiert zu hohe Hürden

WIESBADEN. Der Vorsitzende des Bundesausländerbeirats, Memet Kilic, hat die Einigung der Länderinnenminister zur Frage der Einbürgerungsvoraussetzungen in wesentlichen Zügen abgelehnt. „Sowohl die angekündigten Regelungen zum Sprachtest als auch die verpflichtende Einbürgerungsprüfung sind nichts anderes als eine weitere Erschwerung der Einbürgerung.“

„Besonders Migranten, die ein niedriges Bildungsniveau haben, Analphabeten sind oder in einer anderen Schriftsprache alphabetisiert worden sind, werden es nach den Ankündigungen der Innenminister schwer haben, überhaupt noch eingebürgert zu werden,“ so Kilic weiter.

Zudem bleibe weiterhin offen, welche Wissensinhalte gefragt werden. Das lasse befürchten, dass die Bundesländer wieder ihr eigenes Süppchen kochen werden.

Kilic kritisierte, dass offensichtlich einmal wieder ältere Migranten, die vor dem Anwerbestopp (1973) nach Deutschland eingeladen worden waren, vergessen wurden: „ Diese Menschen haben ihre Jugend in den Aufbau dieses Landes investiert. Und jetzt sollen die Omas und Opas die Schulbank drücken, wenn sie Staatsbürger ihrer Heimat Deutschland werden wollen.“

Zur Frage des Eides oder einem staatsbürgerlichen Bekenntnis erklärte Kilic: „Den Eid gönnen wir den Bundesländern, die ihn unbedingt haben wollen, als karnevalistische Krönung der Einbürgerung.“ *Wiesbaden, 5. Mai 2006*
ww.bundesauslaenderbeirat.de ■

Bleiberecht erneut vertagt – PRO ASYL fordert Abschiebemoratorium

Die Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen hat das Thema des Bleiberechts für langjährig geduldete Menschen erneut auf die lange Bank geschoben. PRO ASYL kritisiert dies als Flucht aus der Verantwortung, denn die Fakten liegen längst auf dem Tisch: Mit dem Zuwanderungsgesetz wurden die Kettenduldungen nicht abgeschafft. Etwa 120.000 Menschen leben seit mehr als fünf Jahren mit dem prekären Status der Duldung. Auch nach dieser Innenministerkonferenz sind sie von Abschiebung bedroht. PRO ASYL fordert deshalb ein sechsmonatiges Abschiebemoratorium. Es wird den Innenministern jedoch über kurz oder lang nicht gelingen, um ein Bleiberecht herumzukommen. Die breite Unterstützung der Forderung nach einem Bleiberecht aus Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und aus Teilen der Politik macht es den Ausländerbehörden immer schwerer, Abschiebungen von Menschen nach langjährigem Aufenthalt gegen heftige Kritik und Widerstand bis hin zu Kirchenasyl durchzusetzen. PRO ASYL führt deshalb die Kampagne „Hiergeblieben! Recht auf Bleiberecht!“ gemeinsam mit seinen Bündnispartnern unbeirrt weiter. Die nächste Gelegenheit, eine Bleiberechtsregelung zu beschließen, hat allerdings der Deutsche Bundestag. Er wird in diesem Sommer über eine Änderung des Zuwanderungsgesetzes beraten müssen. Primär sind EU-Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Ein Bleiberecht lässt sich problemlos einfügen. PRO ASYL fordert die Innenministerien der Länder auf, ein Abschiebemoratorium bis zur nächsten Innenministerkonferenz zu erlassen. Damit soll verhindert werden, dass in der Zwischenzeit Tausende längst integrierter Menschen abgeschoben werden. Die Länder können in alleiniger Verantwortung einen solchen Abschiebestopp für sechs Monate verfügen.

gez. Bernd Mesovic Referent
Pro Asyl ■

Tod in Kongo löst Debatte über Abschiebestopp aus

NIEDERSACHSEN. Nach dem ungeklärten Tod einer nach Kongo abgeschobenen Frau fordern Flüchtlingsrat und Grüne in Niedersachsen einen Abschiebestopp für das afrikanische Land. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat das Außenministerium in Berlin sowie das Bundesamt für Migration gebeten, die Umstände des Todes einer schwangeren 33-Jährigen zu überprüfen. Gefragt wird insbesondere, ob der Tod „dem Verhalten der Behörden und Dienste im Kongo zuzurechnen ist und ob aus diesem Grunde eine andere Lageeinschätzung für die Rückführung von ausreisepflichtigen kongolesischen Staatsangehörigen vorgenommen wird“. Im Klartext: ob für das zentralafrikanische Land ein Abschiebehindernis besteht.

2005 hatte Niedersachsen sieben Kongolesen in ihre Heimat zurückgeschickt. Für Aufsehen sorgt aber jetzt ein Fall aus dem Vorjahr. Am 26. August 2004 hatte der Landkreis Hameln-Pyrmont die schwangere Tshiana Nguya mit zwei Kindern im Alter von zehn und zwei Jahren in ihr Heimatland abgeschoben. Dort wurde sie nach Angaben des Niedersächsischen Flüchtlingsrates, der sich auf Angaben eines Pfarrers in Kongo beruft, in einem Militärcamp inhaftiert, geschlagen, gequält und mehrfach vergewaltigt. Bei der Geburt ihres Kindes am 7. Dezember 2004 sei die 33-Jährige an den Folgen der Misshandlungen gestorben. Auch der Säugling habe nicht überlebt.

Tshiana Nguya und ihr Ehemann Freddy waren 1995 mit ihren Söhnen Fabrice (geboren 1989) und Josephat (geboren 1994) aus Kongo nach Deutschland eingereist. Hier kam in Emmerthal bei Hameln 2002 ihre Tochter Priscilla zur Welt. Sämtliche Asylanträge wurden abgelehnt. Ehemann Freddy und Sohn Fabrice sind untergetaucht und halten sich vermutlich in Frankreich auf. Die beiden jüngeren Kinder leben bei dem Pfarrer in Kongo. Ihre Tante in Berlin ist bereit, Josephat und Priscilla bei sich auszunehmen. Trotz

der auch aus seiner Sicht nicht ganz geklärten Umstände im Fall Nguya fordert der Flüchtlingsrat zumindest für schwangere Frauen und Kinder einen generellen Abschiebestopp.

Auch die niedersächsische Grünenfraktion verweist auf das Elend in dem zentralafrikanischen Land und setzt sich in einem parlamentarischen Antrag für einen Abschiebestopp ein.

Quelle: Frankfurter Rundschau online 10.05.2006, Nds. Flüchtlinsrat ■

Aktionstage vom 5. – 7. Juni gegen das Abschiebelager Bramsche

NIEDERSACHSEN. Der Widerstand und Protest gegen das Abschiebe-Lager Bramsche geht weiter. Anfang des Jahres 2006 hatten 180 Flüchtlinge aus dem Lager in einem offenen Brief die Schließung des Lagers gefordert und in Hannover demonstriert. Schon in den Jahren zuvor hat es entschlossenen Protest gegeben: Zäune wurden demontiert, die lagereigene Ausländerbehörde umgestaltet und bereits zweimal fanden am Lager Aktionstage statt. Nun ruft das no-lager-Netzwerk zusammen mit Flüchtlingen aus dem Lager auf zu den Aktionstagen im Juni.

„Wir wollen nicht im Lager leben“ – unter diesem Motto werden Flüchtlinge des Abschiebelagers dreitägiges Protestcamp außerhalb des Lagerzauns errichten. Mit Veranstaltungen, Hearings und Aktionen soll die Öffentlichkeit über die Situation der Flüchtlinge im Abschiebelager selbst informiert werden – einschließlich der jüngsten Repressionen und Auseinandersetzungen.

Niedersächs. Flüchtlingsrat ■

Lautstarker Appell an die Innenminister „Bleiberecht jetzt!“

MÜNCHEN. Am Tag vor der Innenministerkonferenz am 4./5. Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen folgten am Dienstag, 2. Mai 2006, zwischen 800 und 1.000 TeilnehmerInnen dem Aufruf „Hier geblieben!“ von Flüchtlingsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, die in einem breiten Bündnis seit langem für eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge eintreten.

Unter anderem aus Bayern, Thüringen, Berlin-Brandenburg und Niedersachsen waren AktivistInnen – mehrheitlich betroffene Flüchtlinge – angereist, um zusammen mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat, amnesty international München, der Münchner Karawanegruppe, dem Berliner GRIPS-Theater und anderen laut und deutlich „Hier geblieben!“ zu fordern.

Nach der Auftaktkundgebung am Münchner Marienplatz, bei der unter anderem über Fluchtursachen und die Hoffnungen der Betroffenen auf demokratische und menschenwürdige Behandlung in der BRD gesprochen wurde, setzte sich der Demozug laut, musikalisch begleitet und an staunenden und applaudierenden PassantInnen vorbei in Richtung Sendlinger Tor in Bewegung. Es mag an der Größe der Demo gelegen haben, dass die sonst häufig am Rande von Flüchtlingsdemos zu erlebenden Pöbeleien vor allem älterer Passdeutscher diesmal kaum feststellbar waren.

Und so ging es gut gelaunt an der von der Polizei geschützten SPD-Zentrale und dem Stachus vorbei, wo sich erneut einige Menschen der Demo anschlossen. Vom Lautsprecherwagen aus berichteten seit Jahren geduldete Flüchtlinge über die Belastungen, die mit ihren ständig zu erneuernden Dul-dungen und dem damit verbundenen AusgeliefertSein einhergehen.

Im August 2004 kämpften Münchner Flüchtlingsfamilien, angeführt von einer Gruppe afrikanischer Frauen, erfolgreich gegen drohende Abschiebungen und für ein Bleiberecht in Deutschland: Keine der langjährig in Deutschland lebenden Familien wurde abgeschoben, fast alle haben inzwischen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Doch Alleinstehende, Ehepaare ohne Kinder und selbst Jugendliche oder junge Erwachsene, die ohne Eltern minderjährig ins Bundesgebiet eingereist waren, wurden von dieser Regelung gar nicht erst erfasst.

Als die Polizei im August 2004 in Berlin die 13-jährige Tania Ristic aus dem Schulunterricht holte, um sie nach Bosnien abzuschieben, gelang es dieser und ihrer Mutter zwar nach Protesten, in Deutschland zu bleiben, doch die Familie wurde auseinander gerissen: der Vater und die 16-jährige Schwester wurden abgeschoben.

Dieser Fall, nur ein alltägliches Beispiel für den Umgang der Behörden mit – teils jahrelang – geduldeten Jugendlichen und ihren Eltern, ist der Beginn des Aktionsprogramms „Hiergeblieben!“. Die Forderungen, die Tanias Schulfreund/innen stellten, finden mittlerweile in ganz Deutschland Unterstützung: Bleiberecht für die in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen und ihre Familien, Bleiberecht für Flüchtlinge, die als unbegleitete Minderjährige eingereist sind, Bleiberecht für Kriegsopfer und für Opfer rassistischer Angriffe (nähere Informationen zum Aktionsprogramm: www.hier.geblieben.net).

Am frühen Abend erreichte der Demozug das abgegitterte und von USK und Bereitschaft spolizei bewachte Innenministerium, den Dienstsitz des derzeitigen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Günther Beckstein. Nochmals und unter großer Beteiligung der TeilnehmerInnen wurde ein sofortiger Abschiebestopp und eine Bleibe-rechtsregelung gefordert. Das GRIPS-Th eater trug die Forderungen musikalisch gerapt vor und auch der letzte Beitrag zweier jüngerer HipHoper wollte den Innenministern das „Brett vorm Kopf “ nehmen, um ihnen die Augen zu öffnen. Sie sollten endlich die unmenschlichen Folgen ihrer unsinnigen Politik erkennen und ein Bleiberecht ermög-lichen. Außerdem wurde die im Juli und Au-gust in Bayern stattfindende „International Refugee Human Rights Tour 2006“ hinge-wiesen.

Das GRIPS-Theater zog zusammen mit anderen AktivistInnen noch am Abend weiter nach Garmisch-Patenkirchen, wo Aktionen zur Konferenz stattfanden. *www.indynews.net*
www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Linkspartei will bessere Bedingungen für Flüchtlinge

BERLIN. Die Bundesregierung soll den Gesetzentwurf vom 3. Januar zur Umsetzung verschiedener asyl- und aufenthaltsrechtlicher EU-Richtlinien überarbeiten. Das fordert die Linksfraktion in einem Antrag (16/1199).Dabei solle die Regierung eine Erleichterung der Freizügigkeit auch für Drittstaaten-Angehörige und eine Verbesserung des Flüchtlingsschutzes und -verfahrens anstreben, die über die Mindestbestimmungen der EU-Richtlinien hinausgehen.Der bisherige Entwurf bedeute eine Verschlechterung für Flüchtlinge und Migranten. In dem Antrag heißt es weiter, die Einschränkung des Ehegattenzuzugs und die Umsetzung der so genannten „Qualifikationsrichtlinie“ sei ebenso abzulehnen wie die Ausweitung von Haftgründen und Inhaftierungsmöglichkeiten.Kritisiert werden zudem der unzureichende Schutz von Opfern des Menschenhandels sowie die Verschärfungen von Anforderungen zur Statusverbesserung im Rahmen des Aufenthaltsgesetzes.In dem Antrag heißt es weiter, die elf Richtlinien, die 2006 in deutsches Recht umzusetzen seien, fielen weit hinter ursprünglich liberalere Entwürfe der Europäischen Kommission zurück. Insbesondere die deutsche Bundesregierung habe als „Bremser“ gewirkt und verhindert, dass weitergehende europäische Mindeststandards beschlossen wurden.

Die Richtlinien der EU seien nicht von dem Wunsch nach einer Liberalisierung des Asyl- und Ausländerrechts geprägt, sondern von einem „Geist der Abwehr“.

Büro JRS, stefan.kessler@jrs.net / flucht@nds-fluerat.org ■

Argumente für die Schließung des „Collegium Humanum“

Über die braune Schulungsstätte informieren und zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Holocaustleugnung beitragen, das ist das Ziel einer neuen 32-seitigen Publikation mit dem Titel „Collegium Humanum – Von der NS-Reichsleitung zum Zentrum der Holocaustleugner“. Herausgeber sind neben dem Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum der Verein Argumente und Kultur gegen Rechts e.V. und die Bielefelder Initiative Antifa West. Der Herforder Bundestagsabgeordnete Wolfgang Spanier unterstützte das Projekt mit einem Vorwort.

Seit Jahren ist das „Collegium Humanum“ Schulungsstätte für extreme Rechte von NPD-nahen Gruppen bis hin zu neonazistischen Kameradschaften. Doch das Haus ist nicht nur ein Ort für Konzerte, Seminare und Vortragsveranstaltungen der Szene. Vom „Collegium Humanum“ selbst geht in den letzten Jahren eine Kampagne der Holocaustleugnung und NS-Verherrlichung aus. Mehrere Vereine sind dort aktiv, darunter eine neue Organisation international tätiger Auschwitzleugner.

Bekannte Namen der Szene, wie Ernst Zündel, Horst Mahler, Germar Rudolf, Manfred Röder, Robert Faurisson (Frankreich), Frank Rennicke oder Fredrick Töben (Australien) gehören zu den Gründungsmitgliedern der neuen Sammlungsbewegung mit dem etwas obskuren Namen „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Auf Veranstaltungen des Hauses werden öffentlich die Judenverfolgungen geleugnet und gerechtfertigt oder ein gehässiger Antisemitismus verbreitet.

Die Broschüre stellt erstmals dar, wie sich das „Coilegium Humanum“ zum Zentrum der Holocaustleugner entwickelte und beschreibt die Tätigkeit der einschlägigen Organisationen, die von Viotho aus agieren. Zugleich werden die Strategien und „Argumente“ der Auschwitzleugner um Ursula Haverbeck, Horst Mahler & Co. entlarvt und widerlegt.

Ist das eigentlich nicht verboten? Auch dieser Frage widmen sich die Autorinnen. Zwar finden etliche Prozesse gegen Akteure des „Collegium Humanum“ statt, doch viele einschlägige Straftaten bleiben ungesühnt. Würden die zuständigen Behörden wirklich alle Straftaten konsequent verfolgen, könnten die Holocaustleugner des „Collegium Humanum“ schnell am Ende ihrer finanziellen und personellen Resourcen sein, so das Resümee.

Nicht zuletzt wird auch der vom Vlothoer Bündnis getragene bunte Protest gegen das braune Seminarhaus beschrieben. Das Bündnis setzt sich für die Schließung des „Collegium Humanum“ ein und hat vielfältige Aktionen für eine Kultur der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Vlotho organisiert. Dieses Engagement für die Demokratie würdigt Wolfgang Spanier in seinem Vorwort: „Notwendig ist aber ein Engagement auf allen politischen Ebenen, aller demokratischen Parteien und aller Bürgerinnen und Bürger. Das Vlothoer Bündnis ist ein ermutigendes Beispiel.“

Das Zentrum der Holocaustleugner in Vlotho hat überregionale Bedeutung. So organisiert der VRBHV derzeit etwa die Verteidigung Ernst Zündels in dem viel beachteten Mannheimer Prozess. Referenten des „Collegium Humanum“ treten bundesweit bei Veranstaltungen und Neonaziaufmärschen auf. In Borna bei Leipzig hat ein Verein des Hauses eine große Immobilie erworben, in der ein neues Neonazi-Zentrum droht.

Die AutorInnen möchten mit der Broschüre daher auch über Vlotho hinaus über die Strategien der Holocaustleugner informieren und ihre Thesen entlarven und widerlegen. Zugleich haben sie eine Fülle von Fakten und Argumenten für die Forderung nach der Schließung des „Collegium Humanum“ zusammengetragen.

Bestellungen über: Antifa West c/o BI Bürgerwache, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, Einzelpreis 3,- Euro ab 10 Exemplare 2,- Euro, ab 20 Ex. je 1,50 Euro zzgl. Versandkosten, Versand nur gegen Vorkasse: Antifa West, Kto-Nr. 67547778, Sparkasse Bielefeld, BLZ 480 501 61

Wolfgang Abendroth zu Ehren

Druckfrisch zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth am 2. Mai erscheint die Halbjahrespublikation des Studienkreises deutscher Widerstand 1933 - 45 e.V. „informationen“.

Das aktuelle Heft Nr. 63 der „informationen“ mit dem Titel „Widerstand in Europa“ (I) ist Wolfgang Abendroth, dem Mitbegründer des Studienkreises deutscher Widerstand 1933 - 45 e.V. mit Sitz in Frankfurt, gewidmet.

Es weist zwei Artikel zu Wolfgang Abendroth auf: Zum Widerstand in Griechenland kommt Abendroth mit bisher unveröffentlichten Texten, die Friedrich-Martin Balzer zusammengestellt hat, zu Wort. Daneben birgt eine Biografie „Von der Anklage blieb nicht viel übrig“ von Andreas Diers interessante Hintergrundinformationen über den Jubilar.
Das Heft enthält außerdem u.a. Beiträge zu Therese Giehses Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der „Pfeffermühle“, ein Interview mit dem Antifaschisten und Resistancekämpfer Peter Gingold, der dieses Jahr 90 wurde. Darüber hinaus eine Biografie über Änne Salzmann aus Offenbach und einen Artikel über den gemeinsamen Kampf von deutschen und tschechischen Antifaschistischen.
Das Heft kann ab sofort beim Studienkreis erworben werden: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 - 45 e.V., Rossertstr. 9, Frankfurt/Westend. Tel: 069-721575, Telefax: 069-71034254. Oder über E-Mail: kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de

HINTERLAND

Das neue, kampflustige Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats

Die Herausgeber schreiben dazu: Da kommt die Nullnummer unseres neuen Magazins HINTERLAND heraus und was ist es: Ein echter Etikettenschwindel. Denn dieses erste Heft der neuen Generation und unter dem neuen Titel gehört im Grunde zur alten. Wir haben uns entschieden, dieses „Heft im Übergang“ der Dokumentation eines „Einzelfalls“ zu widmen: dem brachialen, gewalttätigen Rauswurf der Ashkali-Familie Avdija aus Bayern im letzten Jahr.

Ein Fall, der unserer Meinung nach dringend der Dokumentation und Nachbereitung bedarf, zeigen sich an ihm doch die zweifelhaften Methoden bayerischer Ausländerpolitik. Ein Fall, der in seiner Drastik auch die Notwendigkeit unterstreicht, wieder mehr Menschen für unmenschliche Asylverwaltung, Illegalisierung von Menschen, menschenrechtliche Doppelstandards, den allgegenwärtigen, auch staatlichen Rassismus und brutale Übergriffe auf Unerwünschte, Abschiebehäftlinge und Asylsuchende zu sensibilisieren.

Und da wären wir bei den Gründen des Wandels, unseres Neubeginns:

Der Infodienst erscheint nicht mehr in der bisherigen Form, die neue Publikation heißt HINTERLAND und dieser Titel spielt bewusst mit allerhand möglichen Assoziationen. Unser bewährter Infodienst hat allenfalls der Form nach ausgedient: inhaltlich wird sich die neue HINTERLAND -Redaktion auch weiterhin mit deutscher, beziehungsweise europäischer Flüchtlingsabwehr und globaler Wohlstandsabschottung beschäftigen und den Schwerpunkten des Bayerischen Flüchtlingsrates, des Herausgebers auch des neuen Heftes, verpflichtet bleiben.

HINTERLAND soll tiefer blicken lassen, breiter informieren als Verbandspublikationen das üblicherweise tun, Kontexte anbieten und Debatten anstoßen. Insofern freuen wir uns ab sofort über jede Art von kritischen Beiträgen, Rückmeldungen, Attacken. Das erste reguläre Heft wird im Juni erscheinen wird und das Schwerpunkt-Thema „Wohnen“ haben. Etwas mehr demnächst auf www.hinterland-magazin.de, HINTERLAND kann im übrigen auch abonniert werden kann.

Bestellungen über: Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburgerstr. 13, 80337 München
www.fluechtlingsrat-bayern.de

„Retterin der weißen Rasse“ – Aktuelle Recherchen zu Frauen in der Neonazi-Szene

Sie stellen die zweite Front der Neonazis: rechtsextreme Frauen und Mädchen. Sie wirken im Hintergrund und ziehen politisch die Fäden. Sie sind dabei, wenn braune Kameraden aufmarschieren, sie gestalten NPD-Infostände oder sorgen privat für national-gesinnten Nachwuchs. Sie sind ebenso ausländerfeindlich und fanatisch wie die Männer – agieren allerdings zurückhaltender in der Öffentlichkeit. Ihr Anteil steigt stetig. Auffällig sind regionale Unterschiede, so schwankt der Frauenanteil in den Bundesländern zwischen 10 und 30 Prozent – Tendenz steigend.

Die aktuelle Broschüre zeigt Einblicke in die Szene rechter Frauen. U.a.werden Kameradschafts-Anführerinnen wie auch NPD-Funktionärinnen vorgestellt. Anhand von konkreten Beispielen wird offenbart, wie Neonazi-Strategen Frauen für ihre Zwecke missbrauchen. Eigene Recherchen gewähren Einblick in eine Szene, die verlogener und reaktionärer nicht sein könnte.

„Retterin der weißen Rasse“ - Rechtsextreme Frauen zwischen Straßenkampf und Mutterrolle von Andrea Röpke, 137 Seiten, 5 Euro. Bestellbar unter www.arug.de oder Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig Tel. 0531 -1233642

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Verbündete hat der Bund der Vertriebenen (BdV) inzwischen in praktisch allen Ländern Europas. Auch in Serbien und Montenegro. Dort ist die Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit aktiv. Seit dem Jahr 2001 betreut sie einen Gedenkfriedhof in Knicanin (ehemals Rudolfsgnad), auf dem rund 3.000 „Volksdeutsche“ begraben sein sollen, ehemalige NS-Profiteure, die bei der Befreiung des damaligen Jugoslawien und in den Nachkriegswirren ums Leben kamen. Jedes Jahr organisiert die Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit Besuche und Kranzniederlegungen in Knicanin, um an sie zu erinnern.

In diesem Jahr hat die Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit beschlossen, einen Schritt weiter zu gehen. Sie hat beschlossen – das berichtet der BdV –, am 9. Mai „völkerübergreifend der Opfer von Unrecht und Gewalt (...) zu gedenken“. Dazu hat sie sich zwei Orte ausgesucht: Knicanin und Kragujevac. Auch in Kragujevac sind Menschen ums Leben gekommen, in einem etwas anderen Zusammenhang, aber das spielt für den BdV und die mit ihm verbündete Gesellschaft keine besondere Rolle. Im Jahr 1941 hatten Partisanen ganz in der Nähe deutsche Wehrmachtssoldaten zu Tode gebracht – eine Kriegshandlung im Kampf gegen die Besatzer, die Jugoslawien überfallen hatten. Daraufhin erschossen die Deutschen zivile Geiseln, darunter auch Schulkinder. Kragujevac steht seitdem für die Erinnerung an nazideutsche Kriegsverbrechen.

Die Geschichtsklitterung ist so alt wie der BdV. „Beide Orte stehen beispielhaft für die Vernichtung unschuldiger Menschen“, schreibt die Organisation über Knicanin und Kragujevac in einer Pressemitteilung zum 8. Mai. Die christlichen Kirchen tragen die Geschichtsklitterung mit: „Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen“, schreibt der BdV weiter, „wenn über den Massengräbern an beiden Stätten des Leids Geistliche der Serbisch-orthodoxen, der Römisch-katholischen und der Evangelischen Kirche sich an Gott mit der Bitte um Gnade und Versöhnung wenden werden.“

Die Gesellschaft für serbisch-deutsche Zusammenarbeit geht noch einen Schritt weiter. „Auch in diesem Teil Europas“, verlangt sie, „müsste es nämlich, wenn auch nach länger als einem halben Jahrhundert, für die beiderseitig an unser aller Brüder und Schwestern in Christo – vom Jahre 1941 an bis zum Jahre 1948 und dazwischen – begangenen Verbrechen seitens seiner unmittelbaren Vorgänger zur offiziellen Entschuldigung kommen.“

jk ■

JF macht deutschen Bürger zum Ausländer

Junge Freiheit Nr. 18/06
vom 28. April 2006

Der Angriff zweier Potsdamer Türsteher aus der rechtsextremen Szene auf einen schwarzen deutschen Staatsbürger, begleitet von üblen Beschimpfungen, ist für *Doris Neujahr* Anlass, erneut gegen die bundesdeutschen Medien zu Felde zu ziehen: „Wie weit indes der Herdentrieb der Journalisten den Geist der Presse beherrscht, zeigt die Reaktion auf ein Interview Wolfgang Schäubles. Seine Einlassung, es würden auch blonde, blauäugige Menschen von Tätern heimgesucht ... war die vornehme Umschreibung der Tatsache, dass weitaus mehr Deutsche Opfer von Gewaltverbrechen durch Ausländer werden als umgekehrt und dass die angelaufene Kampagne davon ablenken sollte.“ Diese Behauptung belegt Neujahr nirgendwo – sie ist auch nicht belegbar. Zum zweiten verdreht sie die Tatsachen und bürgert den angegriffenen Bürger aus – es handelte sich in Potsdam um einen Angriff deutscher Staatsangehöriger auf einen anderen deutschen Staatsangehörigen, begleitet von rassistischen Beschimpfungen. Zudem ist, selbst wenn es rassistische Überfälle von Ausländern auf Deutsche gäbe, das keine Rechtfertigung für die schwere Körperverletzung in Potstdam.

Nachruf auf Paul Spiegel

Junge Freiheit Nr. 19/06
vom 5. Mai 2006

Das Blatt erweckt den Anschein, als sei Paul Spiegel an Überforderung gestorben. *Doris Neujahr* beklagt die Unzahl der Aufgaben, die der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland zu bewältigen habe, deshalb wohl sei auch er gescheitert – wie Ignaz Bubis, der sich am Ende seines Lebens als „Gescheiterter“ sah. Bubis sah sein Bemühen gescheitert, an die Stelle von Rassismus und Fanatismus Toleranz und Gleichberechtigung zu setzen – der Rassismus blühte auf in der Bundesrepublik. Dagegen wandte sich auch Spiegel.

Neujahr nimmt das äußerst übel: „Paul Spiegel wurde im Januar 2000 in sein Amt gewählt ... Doch der ‚Aufstand der Anständigen‘, eine Massenpsychose, die bis zu Lynchgelüsten reichte, war da bereits in vollem Gange. Spiegel setzte sich an seine Spitze, als er auf einer Kundgebung von 200.000 Teilnehmern die Frage stellt, ob es ‚deutsche Leitkultur‘ sei, Menschen anzuzünden. Die Rede war scharf, polemisch, flach ... Spiegels fatale Äußerung blockierte eine freie, vor allem: angstfreie Diskussion über die Grundlagen und das Selbstverständnis des Landes um weitere, wertvolle Jahre.“ Viel Verantwortung schiebt Neujahr da einer einzigen Äußerung Spiegels zu – ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass die Frage Spiegels berechtigt war und ist – zu viele Menschen sind angezündet und verbrannt worden.

Erneute Abspaltung bei der Hamburger CDU

Junge Freiheit Nr. 20/06
vom 12. Mai 2006

Der im März aus dem Amt entlassene ehemalige Hamburger Justizsenator Roger Kusch hat direkt nach seiner Entlassung eine neue Partei „Heimat Hamburg“ gegründet. Er begründet dies mit dem „Linksruck“ in der CDU. Eine Zusammenarbeit mit Schill schließt Kusch bislang aus. Ehemalige Mitstreiter von Schill kündigten ebenfalls die Gründung einer neuen rechten Partei an.

uld ■

Zu Gast bei Neonazis

Der Deutsche Fußballbund (DFB) legt Wert darauf, dass im Jahr der Fußballweltmeisterschaft kein Hauch von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus an ihm kleben bleibt. Bei einer ersten Bewährungsprobe – die NPD hatte eine Kampagne für Rassismus am Beispiel der WM gestartet – musste der Hund zum Jagen getragen werden, so müde und unentschlossen reagierte der DFB. Nun hat der Vorsitzende des DFB Theo Zwanziger klar gemacht, dass zumindest er selbst kein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems ist. In der neuesten Ausgabe der „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ) No. 51 gibt er dieser extrem rechten Militaria-Zeitschrift ein Interview, mit dem die DMZ selbstverständlich auf der Titelseite wirbt.

Verharmlosung der faschistischen Verbrechen und Glorifizierung besonders der Wehrmacht und der Waffen-SS sind das Geschäft der DMZ. In dieser Ausgabe wird ausführlich der belgische Faschist Leon Degrelle geehrt. Der Mann, der vor der belgischen Justiz in Francos Spanien floh, hat bis zuletzt nichts begriffen. „Alles Große ist ewig“ wird er am Schluss zitiert. Kurz dahinter ein Jubelartikel über Adolf Hitler als „Meldegänger im ersten Weltkrieg“. Über den Italienkrieg 1944 heißt es „Generalfeldmarschall Albert Kesselring gelang 1944 die Stabilisierung der Front in Italien“. Die Zeitung ist auch nicht zufällig voll von Anzeigen der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, der Zeitschrift der Ehemaligen der Waffen-SS „Der Freiwillige“ und des neofaschistischen Arndt-Verlags, die „SS-Kavallerie im Osten – vom 1. Totenkopf-Regiment zur SS-Reiterbrigade-Fegelein“, ein Original-Nachdruck aus dem Jahr 1942. Im Artikel „Sturm auf Moskau“ wird auf unterstem Niveau die Lüge verbreitet, Hitler sei Stalin zuvorgekommen. Auch „Der Schlesier“ und die burschenschaftliche Zeitschrift „Aula“ aus Österreich suchen in der DMZ neue Leser. Das Buchsortiment ist entsprechend.

Dr. Theo Zwanziger ergießt sich über das „traditionell gute Verhältnis von Militär und Fußball. Der Höhepunkt des Verhältnisses von Militär und Fußball war ohne Zweifel zwischen 1933 und 1939. Nach 1939, weiß die DMZ, wurden „große Lücken gerissen“

Fazit: Herr Zwanziger hat einen kapitalen Bock geschossen. Das macht ihn selbst nicht zum Nazi oder zum Militaristen. Aber seine demokratische Haltung ist von ihm selbst beschädigt worden. Wenn er solch offene Vertreter der extremen Rechten nicht erkennt, wie wird er sich dann bei etwas pfiffigeren Schlips-und-Kragen-Nazis verhalten? Wäre es nicht besser, er tritt vorher zurück, bevor während der Weltmeisterschaft noch so eine Stinkbombe hochgeht?

VVN-BdA Aachen ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507